

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 1.50 RM., monatlich 1.30 RM.,
 einschließlich 30 Bg. frei ins Haus,
 einschließlich 30 Bg. freies Wochenblatt,
 einschließlich 30 Bg. freies Monatsblatt,
 einschließlich 30 Bg. freies Quartalsblatt,
 einschließlich 30 Bg. freies Halbjahrsblatt,
 einschließlich 30 Bg. freies Jahresblatt.
 Einzelhefte 10 Bg. Postbezug: monatlich
 1.30 RM. Unter Straßband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM.,
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an: Postamt, Berlin, Lindenstraße 3.
 in die Post-Zeitungs-Verkäufe.
Erscheinung täglich.
 Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1. die Nebenbeilagen: Rotenel-
 zeile 50 Bg. „Kleine Anzeigen“
 2. je nach Größe 20 bis 50 Bg. (je
 nach Inhalt) 3. je nach Größe 10 bis
 20 Bg. 4. je nach Größe 5 bis 10 Bg.
 5. je nach Größe 2 bis 5 Bg. 6. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 7. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 8. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 9. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 10. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 11. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 12. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 13. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 14. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 15. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 16. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 17. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 18. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 19. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 20. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 21. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 22. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 23. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 24. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 25. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 26. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 27. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 28. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 29. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 30. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 31. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 32. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 33. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 34. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 35. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 36. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 37. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 38. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 39. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 40. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 41. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 42. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 43. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 44. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 45. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 46. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 47. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 48. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 49. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 50. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 51. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 52. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 53. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 54. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 55. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 56. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 57. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 58. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 59. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 60. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 61. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 62. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 63. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 64. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 65. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 66. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 67. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 68. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 69. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 70. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 71. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 72. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 73. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 74. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 75. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 76. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 77. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 78. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 79. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 80. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 81. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 82. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 83. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 84. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 85. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 86. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 87. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 88. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 89. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 90. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 91. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 92. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 93. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 94. je nach Größe 1 bis 2 Bg. 95. je
 nach Größe 1 bis 2 Bg. 96. je nach
 Größe 1 bis 2 Bg. 97. je nach Größe
 1 bis 2 Bg. 98. je nach Größe 1 bis
 2 Bg. 99. je nach Größe 1 bis 2 Bg.
 100. je nach Größe 1 bis 2 Bg.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt. Westplatz, Nr. 151 90-151 97.

Wittwoch, den 10. Oktober 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt. Westplatz, Nr. 151 90-151 97.

Michaelis vor dem Ende.

Mißglückte Hochverratsattacke. — Kühlmann über den Frieden.

Der Beifall, der Herrn v. Kühlmann gestern im Reichstag entgegenbrachte, kam aus dankbaren Herzen. Nach einer langen aufregenden und ermüdenden Debatte mochte es nur wenigen noch möglich gewesen sein, jedes Wort dieser sorgfältig abgetönten Rede auf innern Wert und äußere Tragweite zu prüfen. Aber der Reichstag bezeugte dem Staatssekretär mit einer Art frohen Erstaunens darüber, daß nach den unsagbaren Erlebnissen der vorangegangenen Stunden nun doch wieder ein politisch ernst zu nehmender am Regierungstisch stand und eine verständige Rede hielt.

Das Wichtigste an den Darlegungen Kühlmanns waren die Stellen, die sich auf Belgien und Elsaß-Lothringen bezogen. Auf Grund einer genaueren Kenntnis der Dinge, als sie sonst Sterblichen zugänglich ist, glaubte der Staatssekretär versichern zu können, daß nicht Belgien, sondern Elsaß-Lothringen das eigentliche Friedenshindernis sei. Man wird daraus schließen, daß Sonderungen stattgefunden haben, in denen sich herausgestellt hat, daß kein Entgegenkommen Deutschlands in der belgischen Angelegenheit den Frieden herstellen kann, sondern daß in diesem Augenblick der Frieden nur wieder hergestellt werden könnte durch die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich. Zu dieser Rückgabe ist Deutschland aber nicht bereit, das hat der Staatssekretär festgestellt, und er hat sich auf die allgemeine Zustimmung des Reichstags berufen, ohne daß ihm auch nur eine einzige Stimme widersprach. Er hat zu erkennen gegeben, daß Deutschland in allen anderen Fragen zu einer Verständigung bereit ist und daß in allen anderen Fragen eine Verständigung auch möglich wäre, nur in dieser nicht. Wenn im Sinne der gestrigen Rede Kühlmanns Politik getrieben wird, dann werden wir Frieden haben in dem Augenblick, in dem Frankreich auf die Eroberung Elsaß-Lothringens verzichtet.

Aber, als Herr v. Kühlmann sprach, stand er auf einem Trümmerhaufen. Der Reichstag hat an diesem 9. Oktober wohl das Bedrückteste erlebt, was er in seiner ganzen Geschichte zu verzeichnen hat. Blickt man auf die Szenen zurück, die vorher scheinbar vorbeigestimmt waren, so wechseln Eindrücke der tiefsten Tragödie mit grotesker Komik. Ein chaotisches Durcheinander, ein wüster Traum! Als Herr v. Kühlmann sprach, sah Herr Michaelis neben ihm, als wäre er noch immer Reichskanzler. Ja, wahrhaftig, er ist es immer noch!

Herr Michaelis und der Reichsmarine-Sekretär v. Capelle haben gestern in ganz unglaublicher Verantwortungslosigkeit den Reichstag zur Stätte eines wüsten Skandals gemacht. Nachdem der Unabhängige Dittmann in seiner Rede — man behandelte noch immer die Interpellation vom Sonnabend — den tiefstrahligen Reuterspropheten von Wilhelmshaven gestreift hatte, überfielen Michaelis und Capelle das Haus mit der Beschuldigung, daß drei seiner Mitglieder, die Abgeordneten Haase, Vogtherr und Dittmann der intellektuellen Mittäterschaft an einem militärischen Aufbruch überführt seien. Herr v. Capelle hatte immerhin noch Verstand genug, von vereinzelt Vorkommnissen zu sprechen. Herr Michaelis aber ließ in geheimnisvollen Andeutungen durchblicken, daß es sich um eine weitverzweigte Verschwörung in der Marine gehandelt habe, um „eine kritische Stunde in der Marine“, in der „alles auf dem Spiele stand.“ Und an dieser großen revolutionären Erhebung sollen die Führer einer Fraktion des Reichstags beteiligt gewesen sein! Das feindliche Ausland wird jubeln, und es wird nicht glauben, daß das alles eine unsinnige Liebertreibung ist, erfunden von einem unfähigen Staatsmann, der ein Mittel suchte, um sich heranzureden und sein anderes fand.

Es handelt sich tatsächlich nicht um eine große revolutionäre Verschwörung, sondern um einen Fall der militärischen Auflehnung, wie er bei der langen Dauer des Krieges wohl in allen Ländern vorgekommen ist. Und dafür, daß Reichstagsabgeordnete an diesen geschehridrigen Handlungen beteiligt waren, ist auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht worden!

Nehmen wir aber an, das Unerwiesene wäre erwiesen, und deutsche Abgeordnete hätten wirklich mit dem Leben Einzelner wie mit dem Schicksal der Nation in unverantwortlicher Weise gespielt. Auch dann wäre das Vorgehen der Regierung unbegreiflich und unverzeihlich. Das Verfahren, das die Herren da eingeschlagen haben, ist ein wahrer Dohn auf ein geordnetes Rechtsverfahren, einen geordneten Rechtsstaat. In den Debatten über das parlamentarische System ist uns oft und oft die Theorie Montesquieus von der Dreiteilung der Gewalten — Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung — gepredigt worden. Hier hat die Verwaltung vor der Gesetz-

gebung Anklage erhoben, und die Rechtsprechung in unerhörter Weise festgelegt.

Die Situation ist so verfahren, daß es überhaupt keinen Ausweg gibt. Wird keine Anklage gegen die Beschuldigten erhoben, dann sind die Behauptungen der Herren Michaelis und Capelle vor aller Welt als leichtfertig gebrandmarkt. Wird aber Anklage erhoben, so erleben wir einen Prozeß, in dem sich die Regierung vorzeitig für die Verurteilung eingelassen hat. Dieser Prozeß wird sich hinter verschlossenen Türen abspielen als ein politischer Tendenzprozeß, und der Glaube an die Rechtmäßigkeit des Verfahrens wird im Volke so erschüttert sein, daß er sich überhaupt nicht mehr herstellen läßt.

Soviel zur moralischen und juristischen Seite der Angelegenheit. Mit der politischen steht es womöglich noch schlimmer. Die Herren Michaelis und Capelle haben dem Ausland einen Schmaus bereitet, und ihm den Triumph des Bolschewikismus in Deutschland in Aussicht gestellt. Sie haben die Partei der Unabhängigen, die lange genug im Schatten stand, mit plummen Häuten, aber sicher nicht zu ihrem Schaden, in das boderste Licht der Öffentlichkeit gezogen, und nicht mit Absicht aber im Erfolg so gehandelt, als ob sie die angestellten Propagandachefs dieser Partei wären. Sie haben sich dafür aus dem Hause Abgabe auf Abgabe geholt und haben ihrer eigenen Autorität das Genick gebrochen.

Hätte schon Genosse David über das Verhältnis unserer Partei zu dieser Regierung keinen Zweifel gelassen, so fand Genosse Ebert später in seiner kurzen, mit feinsinnigem Beifall aufgenommenen Erklärung wahrhaft befreiende Worte. Aber bei diesen Worten, die die schärfste Kampfanzeige gegen die Regierung bedeuten, darf es nicht bleiben. Herr Michaelis muß weg! Ein falsch verstandenes Pflichtbewußtsein hat diesen Mann dazu verleitet, einen Posten anzunehmen, dem er in keiner Weise gewachsen ist. Als Herr Raumann in seiner klugen Rede den Namen des Herrn v. Bethmann nannte, wurde dem verabschiedeten Reichskanzler eine förmliche Ovation dargebracht. Und auch wir, die Bethmann bekämpft haben, müssen sagen: an dem heutigen gemessenen, war er ein Riese. Als dann Herr Michaelis seine zweite Rede, die bei ihm schon typisch gewordene Herausredede schloß, sank sein letztes Wort in ein Grab des Schweigens. Selbst die Rechte scheint an dieser Kanzlerschaft jedes geschäftliche Interesse verloren zu haben.

Deutschland kann seinen Verteidigungskrieg nicht gewinnen, wenn seine Geschicke von kümmerlichem Bürokratenfeuer und einknistigem Polizeigeist geleitet werden. Die Sozialdemokraten nahmen daher das Tadelvotum, das die Unabhängigen gegen die Regierung wegen der Förderung der alldeutschen Agitation eingebracht hatten, an. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien lehnten es ab, weil Herr Michaelis die ihm von ihnen vorgeschriebene Erklärung abgegeben hatte. Das war ein Unrecht! Nicht doch ein Ende mit diesem Trauerspiel!

Die Sitzung.

124. Sitzung, Dienstag, den 9. Oktober 1917, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Helfferich, von Capelle, Graf Roeder, Baldow, Ballraf, Schwander.

Anfragen.

Abg. Albrecht (U. Soz.) bemerkt, daß in den Verhältnissen des Bekleidungsamtes in Magdeburg die eingezogenen Handwerker mit der Herstellung von Friedensuniformen beschäftigt werden und fragt, was der Reichskanzler tun will, um die nicht zu Kriegszwecken gebrauchten Handwerker vom Militärdienst zu befreien.

Generalmajor von Owen: Nur während dreier Monate sind im ganzen 2600 Friedensauschnitte aufgearbeitet worden, um Platz zu schaffen und weil die Tische für die Kriegsauschnitte nur langsam eingingen. Jetzt hat dieser Zustand längst aufgehört; entlassen können wir von den Bekleidungsämtern niemand, wir brauchen die Arbeiter dort dringend.

Abg. Waldstein (Sp.) fragt nach dem Schicksal der bei der Besetzung Tabora von den belgischen Truppen völkerrechtswidrig gefangen genommenen Zivilbevölkerung, die nach Frankreich übergeführt ist und dort in Konzentrationslagern festgehalten wird.

Ministerialdirektor Krieger: Auf der Reise von Afrika war diese Bevölkerung infolge der brutalen Willkür der belgischen Behörden schweren Drangsalen ausgesetzt. Sobald die deutsche Regierung Kenntnis hiervon bekam, forderte sie die sofortige Freilassung der Gefangenen und drohte an, daß eine Reihe angeführter, im belgischen Kolonialdienst stehender Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten nach Deutschland gebracht werden würden. Da die Antwort der belgischen Regierung nicht

genügte, ist das auch geschehen. Darauf trat die belgische Regierung in neue Verhandlungen unter Mitwirkung des Königs von Spanien ein. Sollten sie nicht zum Ziele führen, so würden wir vor weiteren Vergeltungsmahnahmen nicht zurückschrecken.

Abg. Nunn (Dt. Fr.) wünscht eine schleunigere Verteilung des Einmachezuckers und Besserung der Jüderverorgung.

Unterstaatssekretär Herr v. Braun: Es trifft nicht zu, daß Zucker zurückgehalten wird. Für die Weibereitigung wird Zucker auch nur in sehr geringen Mengen hergegeben.

Abg. Dittmann (U. Soz.) führt eine Reihe von Fällen unberechtigter Reklamationen seitens der Direktion eines Stahlwerks an und wünscht die Verhinderung solcher Mißbräuche.

Generalmajor Marquardt: Die angegebenen Vorgänge waren bisher nicht bekannt. Ermittlungen sind eingeleitet. Sollten Mißstände der bezeichneten Art festgestellt werden, so werden Maßnahmen zu ihrer Beseitigung getroffen werden.

Der Reichskanzler tritt den Saal.

Die Erörterung über die Interpellation der Sozialdemokraten betreffend die

behördliche Unterstützung der alldeutschen Propaganda

wird fortgesetzt.

Abg. Dittmann (U. Soz.):

Durch die Verhandlungen im Ausschuß ist unser Urteil über das Verhalten der Regierung in keiner Weise geändert, vielmehr sind wir darin bestärkt worden, daß eine weitgehende Propaganda durch die Vorgesetzten im Heere betrieben werden ist und daß darin auch nichts geändert werden wird. Was General v. Stein und Dr. Helfferich am Sonnabend hier gesagt haben, kann nicht etwa ein lapsus linguae (falscher Jungensatz) gewesen sein, sondern entspricht tatsächlich der Auffassung der Reichsregierung, und deshalb wird auch die gestrige Beschwichtigungserbe des Reichskanzlers im Ausland nur den Schein der Unaufrichtigkeit, Zweideutigkeit, Unschärfe und Falschheit erwecken. (Zust. bei den U. Soz. Unruhe b. d. bürgerl. Parteien, Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Auch im Inland werden durch die Rede des Reichskanzlers Empfindungen ausgelöst, die das Vertrauen des Volkes nicht steigern werden. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Wer einen Verständigungsfrieden will, muß verlangen, daß mit einem hörbaren Ruck von der alldeutschen Propaganda abgetrennt werde. Zudem die Wahrheit das nicht ist, läßt sich sowohl die Freude eines Verständigungsfriedens als auch die Kriegsbegeisterung in unehrlicher Weise. (Unruhe bei den bürgerlichen Parteien. — Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner von neuem zur Ordnung.) Der Reichskanzler ist nicht von der Propaganda abgetrennt, die im Heere gegen den Verständigungsfrieden getrieben wird, und zwar nicht von untergeordneten Stellen, sondern von den höchsten Kommandostellen. Die verlesenen Anweisungen, die von harmlosen Naturen für unbedingt gehalten werden, gehen nur bis zu den Divisionen herunter, die Ausführung liegt bei den unteren Offizieren, die in alldeutschen Empfindungen aufgewachsen sind. Der Redner führt eine große Reihe von Beispielen für die alldeutsche Propaganda in der Armee an. Und dabei winzigen 90 Proz. aller Frontsoldaten einen Verständigungsfrieden. (Lebhaft Zustimmung bei den U. Soz.)

Während die Verbreitung der alldeutschen Organe in der Armee gefördert wird, werden unsere Organe unterdrückt, die sozialdemokratische Stimmung im Heer und vor allem in der Marine

wird bestraft. (Hört! hört! bei den Unabh. Soz.) Langjährige Gefängnis- und Zuchthausstrafen sind verhängt worden lediglich wegen sozialdemokratischer Gesinnung, lediglich wegen der Werbung von Militärliefern für die Unabhängigen: Sozialdemokratie. (Unruhe! Hört! hört! links.) Ich frage den Reichskanzler, ob es wahr ist, daß annähernd 200 Jahre Zuchthaus deshalb verhängt sind, und daß sogar Todesurteile gefällt und Söldaten erschossen worden sind wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Soz. und Unabh. Soz.) Selbstverständlich hängen die Leute nur um so mehr an ihren verbotenen Organisationen, durch noch so schlimme Gewaltmaßnahmen reißt man ihnen die politische Gesinnung nicht aus dem Herzen; auch nicht durch die Anträge der jungen, die jetzt in der Armee wieder ihr Wesen treiben. Das Lockspickelium als Einrichtung der deutschen Armee! Höher geht wohl nicht mehr. Das gleiche Recht, das wir haben, wird inoffiziell durch eine kriegsministerielle Verfügung, daß die Generalkommandos alle Sozialdemokratischen Verbände sollen. (Hört! hört!) Die Versammlungen der Vaterlandspartei werden behördlich unterstügt, und Unabhängigen Sozialdemokraten ist es überhaupt kaum noch möglich, eine Versammlung abzuhalten; die Alldeutschen dagegen fühlen sich vollkommen als Herren der Situation. Sie sind ja auch die wahren Machthaber. Unter Bethmann Hollweg war wenigstens noch eine Stimmung dagegen in der Regierung bemerkbar, unter Michaelis haben sie sich hemmungslos aus. Das ist der Fortschritt und die Reorientierung. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Die Regierung ist die Gefangene der Alldeutschen

und der Militärs, sie würde sofort beseitigt werden, wenn sie dagegen aufträte. Oder ist Bethmann Hollweg etwa nicht

von den Aldeutschen und den Militärs gestürzt worden? Der Militarismus ist ja der Nährboden der aldeutschen Bewegung und so weit eine Schuld am Kriegsausbruch auf deutscher Seite liegt, kommt sie auf das Konto der Aldeutschen. (Präsident Dr. Kaempf: Sie dürfen nicht sagen, daß die Schuld am Kriegsausbruch auf deutscher Seite liegt.)

Von diesem nationalistischen Geist haben sich alle Parteien mitziehen lassen und dadurch den Aldeutschen Vorhieb geleistet. Auch die sozialdemokratische Mehrheit ist lange Zeit den Irrweg gegangen, daß die Grundlage des Friedens nur der Sieg sein könne. Nur wir Unabhängigen Sozialdemokraten sind von Anfang an für den Verständigungsfrieden eingetreten. Den Kampf gegen die Aldeutschen kann man nur führen, wenn man Front macht gegen diese Regierung von den Gnaden der Aldeutschen. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Wer glaubt, mit dieser Regierung gegen die Aldeutschen kämpfen zu können, täuscht sich und andere. Darum fort mit dieser Vertuschungspolitik. Stimmen Sie deshalb unserem Abtrünnisvotum zu und nehmen Sie den Kampf gegen diese Regierung auf allen Gebieten auf. (Lebh. Beif. bei den Unabh. Soz.)

Präsident Dr. Kaempf: Sie haben doch das Ladspiegel zum eine offizielle Einreichung der deutschen Armee genannt, dafür rufe ich Sie nachträglich zur Ordnung.

Reichskanzler Dr. Michaelis:

Der Abg. Dittmann ist der letzte, dem ich das Recht zugeschiebe, über Agitationen im Heer und in der Marine zu sprechen. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts wird nachher auf seine Anfragen antworten und Mitteilungen machen, die die volle Begründung meiner Worte darbieten. Als ich von meiner Objektivität gegenüber allen Parteien und Richtungen sprach, möchte ich den Zusatz: „sofern sie nicht den Bestand des Deutschen Reiches und Staates gefährdende Ziele verfolgen.“ Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten steht für mich jenseits dieser Linie. (Große Erregung bei den Unabh. Soz., lebhafter Beifall rechts, erneute Fahrt. Zurufe bei den Unabh. Soz. Abg. Geier (Unabh.): „Ja! Ich weiß, wer Sie sind!“ Der Kriegsminister und ich haben gestern im Ausnahmefall auseinandergesetzt, in welcher Weise die Auffklärungsarbeit im Heere betrieben wird. Daß Auffklärung für die Soldaten unbedingt erforderlich ist, daß eine geistige, eine sittliche Fürsorge für die Soldaten im Heere ein dringendes Bedürfnis ist, unterschreiben alle, die die Verhältnisse kennen. Auch die Soldaten selbst erkennen das dankbar an. Der ganze Aufklärungsdienst ist einheitlich organisiert, der Kriegsminister hat die für ihn geltenden Verträge gestern mitgeteilt, und diese haben bei der Wehrzahl der Aufklärungsmittel die Ueberzeugung geschaffen, daß das, was geplant ist und geschieht, durchaus zum Segen gereichen muß. Die

wesentlichen Gebiete der Aufklärung

sind: die Ursachen des Krieges, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, die Bedeutung eines verlorenen Krieges auch für die deutschen Arbeiter, die Gesamtgröße unserer bisherigen Erfolge, rechtfertigt die Hoffnung auf den Sieg, Siegesbewußtsein, Pflichterfüllung und Mannesstolz sind zu fördern, die Entscheidung ist zu unseren Guntzen gefallen, es gilt, sie endgültig zu sichern. Notwendigkeit und Bedeutung der Führung auf allen Gebieten, daraus Notwendigkeit der Autorität einerseits, der Unterordnung andererseits; Schwierigkeiten der Wirtschaftslage sind vorhanden und anzuerkennen, besonders in der Heimat, sie werden aber mit Sicherheit überwunden; Notwendigkeit der Lebensmittelsbeschränkung und Kohleneinstellung; Fehler sind früher selbstverständlich aus anfänglicher Unkenntnis der zu bewältigenden Aufgaben gemacht worden, kleinere Härten bleiben unvermeidlich, sobald Ausgleich von Verteilung zwischen Stadt- und Landbevölkerung, Verwirklichung des Kriegsvorschusses, das eigene Ich muß vor dem gemeinsamen großen Ziel zurücktreten; Siegesrisiko gefährden den Sieg und Kosten das Blut der Leuten, Auffklärung darüber, daß unsere Gegner, wenn sie den Krieg als aussichtslos aufgeben müssen, versuchen werden, uns die Früchte unseres militärischen Sieges zu entreißen und unsere wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit zu erschöpfen. Es muß jedem Soldaten klar gemacht werden, daß wir auch da bereit sein müssen, den Kampf um unser Kriegsziel, das heißt die Sicherstellung der Zukunft, aufzunehmen. Volk und Heer muß bis zum endlichen Friedensschluß in voller Stärke und Einmütigkeit hinter den Führer des Reiches stehen.

Diese Gegenstände der Aufklärung sollen erreicht werden durch Vorträge, Unterhaltungsabende, Theateraufführungen, Sings, Aemeresitzungen, Feldpredigten, Feldbibelstunden, Feldbuchhandlungen. Die Feldtruppen sollen dadurch einen gewissen Ersatz für die Heimat bekommen. Die Soldaten danken dafür der Obersten Heeresleitung und allen denen, die daran mitarbeiten. Die ganze Organisation und ihre Arbeit bleibt ein Bindendes zwischen dem Feld und der Heimat von fruchtbarer Wirkung. (Lebhafte Zustimmung.) Die neuesten Ordern der Obersten Heeresleitung betonen ganz besonders scharf, daß diese ganze Tätigkeit

mit politischen Fragen nicht in Verbindung gebracht

werden soll. Es handelt sich um vaterländischen Unterricht, wie wir ihn auch im Frieden zur Vertiefung der Vaterlandsliebe gehabt haben. Die Erörterungen über Kriegsziele werden an sich nicht Gegenstand des vaterländischen Unterrichts sein. Selbstverständlich wird gegen die Tendenz, die der Heimatschutz will, daß Politik nicht hineingetragen werden soll, zu bestehen, aber der Kriegsminister hat ausdrücklich erklärt, daß in solchen Fällen Remedur geschaffen wird. Es wird darüber gewacht werden, daß der vaterländische Unterricht nicht zu Mitteln politischer Beeinflussung benutzt wird. Uebrigens werden geprüft und nicht geduldet werden.

In bezug auf die Demen, denen unzulässige Propaganda zugunsten der Vaterlandspartei vorgeworfen wird, habe ich die allgemeine Grundfrage auseinandergesetzt. Beamte haben das Recht politischer Meinungsäußerung. Sie können jeder Partei beitreten unter der Voraussetzung, daß sie keine Bestrebungen verfolgen, die den Bestand des Deutschen Reiches und Bruchens gefährden. Eine Beeinflussung seitens eines Vorgesetzten gegen nachgeordnete Beamte, um sie zum Anschluß an eine bestimmte Partei zu veranlassen, ist unbedingt unerlaubt. Diese Bestimmungen gelten für alle Parteien.

Wenn wir diese Ziele innehalten, werden wir selbstverständlich auf einen gangbaren Weg des beiderseitigen Wirkens kommen. Wir würden sehr viel weiter kommen, wenn auch diejenigen, welche

die Friedensresolution vom 19. Juli

bekämpfen, dieser Kundgebung gerechter würden. (Zustimmung.) Wir müssen die Ziele in der Kundgebung in ihrem politischen Sinn verstehen, in ihrer Kraftvollen Seite, wir müssen uns klar machen, was darin enthalten ist und unterstreichen, was dort gesagt ist. Das deutsche Volk wird wie ein Mann zusammenstehen, unerfütterlich ausdauern und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das Deutsche Reich unüberwindlich. Mit Zustimmung des Reichstags habe ich am 19. Juli die Ziele so umschrieben: Wir müssen die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und übersee anerkennen, wir müssen es dafür sichern, daß sich der Bund unserer Gegner nicht zu einem wirtschaftlichen Krugbunde auswächst.

Wir können in diesem Rahmen einen Frieden durchsehen, der den Bauern den Lohn seiner Scholle gewährleistet, der dem Arbeiter Lohn und Verdienst und die Grundbesitzer einen sozialen Aufschwung gibt, der der Industrie Absatz verschafft, der unsere kleinen Schiffe wieder frei

ausfahren und in aller Welt einnehmen läßt, einen Frieden breitet, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, einen wirklichen Frieden der Kraft.

(Lebhafte Beifall.) Solange unsere Gegner und mit Forderungen gegenübertraten, die jedem einzelnen Deutschen als unannehmbar erschienen, solange unsere Gegner an den schwarz-weiß-rotten Fäden rütteln wollen, solange sie fordern, daß wir dem deutschen Lande etwas geben sollen, solange sie den Gedanken verfolgen, zwischen das deutsche Volk und den Kaiser einen Keil zu treiben: solange bergen wir unsere Friedenshand in den verschränkten Armen. (Lebhafte Beifall.) Wir warten ab, wir können warten, die Zeit läuft für uns. Bis die Feinde einsehen, daß sie diese Forderungen zurückstellen müssen, solange müssen die Kanonen und die U-Boote ihre Arbeit tun. (Beifall.) Und unser Friede wird doch kommen. (Stürmischer Beifall.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle:

Ich muß Ihnen die traurige Tatsache mitteilen, daß die russische Revolution auch einigen wenigen Leuten an Bord unserer Flotte die Köpfe verwirrt und

revolutionäre Ideen

in ihnen großgezogen hat. Der maßgebende Plan dieser wenigen Leute ging dahin, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu werden, um die ganze Mannschaft zur Gehorsamsverweigerung zu verleiten. (Lebh. hört, hört!), und um auf diese Weise, eventuell unter Anwendung von Gewalt, die Flotte lahmzulegen und den Frieden zu erzwingen. (Pfui! rechts.) Es ist Tatsache, daß diese Leute

Beziehungen mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehabt haben. (Stürmische Rufe: hört, hört! Pfui! rechts. Zurufe b. d. Unabh. Soz.: Beweise!) Es steht allemal fest, daß der Hauptagitator hier im Reichstag im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokraten den Abg. Dittmann, Haase und Bogner, seine Pläne vorgetragen und auch Billigung gefunden hat. (Empörte Rufe rechts: Raus! Pfui! Zurufe b. d. Unabh. Soz.: aufgelegter Schwindel!) Die Abgeordneten haben ihn auf das Gefährliche seines Vorgehens hingewiesen und zur größten Vorsicht gemahnt, aber ihre volle Unterstützung durch Uebermittlung von Agitationsmaterial zur Aufreizung der Flotte zugesagt. (Erneute Pfui! rechts.) Meine erste Pflicht war, das Eindringen des versprochenen Agitationsmaterials der Unabhängigen Sozialdemokraten in die Flotte möglichst unmöglich zu machen. (Bravo! rechts.) Ich habe daher die zuständigen Kommandobehörden ersucht, die Verbreitung dieses Agitationsmaterials in der Flotte mit allen Mitteln zu verhindern. (Bravo! rechts.) Ueber die weiteren Vorgänge in der Flotte kann ich mich hier nicht auslassen. Einige wenige ehr- und pflichtbewusste Leute haben sich schwer vergangen und sind der verdienten Strafe zugeführt worden. Die unläufigen Gerüchte sind jedenfalls maßlos übertrieben. Die Schlagfertigkeit der Flotte ist auch nicht einen Moment in Frage gestellt worden, und so soll es auch bleiben. (Lebh. Bravo! rechts.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Es fällt mir schwer zu glauben, daß die außerordentlich schwere Anklage, die der Staatssekretär gegen Mitglieder dieses Hauses vorgetragen hat, in dem Sinne begründet wäre, wie es der Staatssekretär anzunehmen scheint, zum mindesten muß man die Angeklagten hören und vorher größte Zurückhaltung üben.

Der Reichskanzler hat erklärt, er betrachte die Unabhängige Sozialdemokratische Partei als

jenseits der Grenze der Patrie

in seinem Sinne lebend. Er war wohl dabei beeinflusst durch das, was wir eben gehört haben. Wir müssen jedenfalls für jede Partei, wie für die Gesamtheit aller Staatsbürger, volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung auch in der Behandlung seitens der Behörden verlangen. (Bravo!) Sind Handlungen nachweisbar, die gegen die Gesetze des Staates verstoßen, so sollen die sie begangen haben, selbstverständlich unter diese Gesetze. Davon ist keine Partei ausgenommen. (Sehr richtig!) Aber im Rahmen der allgemeinen Gesetze haben die Angehörigen aller Parteien das Recht der gleichen Bewegungsfreiheit. (Sehr richtig!) Daß eine Politik der Ausnahmehandlung, der Ausnahmegerichte, keine gute und kluge Politik ist, hat der größte Vorgänger des Reichskanzlers Fürst Bismarck gegenüber der deutschen Sozialdemokratie und dem Zentrum erfahren. Beiden Parteien ist diese Ausnahmepolitik nicht schlecht bekommen. Auf jeden Fall ist sie prinzipiell zu verwerfen und außerdem politisch unschlau. — Gegenüber dem Appell des Abg. Dittmann an meine Partei bemerke ich, daß wir seiner Ratsschlage nicht bedürfen. Wir sind überzeugt, daß unsere Politik die richtige war im Interesse des Volkes und speziell

im Interesse der deutschen Arbeiterklasse.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt Kriegsnöwendigkeiten, die Geltung behalten müssen solange uns die Gegner den Frieden verweigern. (Sehr richtig!) Die nächsten Reichstagswahlen werden beweisen, daß die breite Masse der Arbeiterschaft (Vorwärt!) für unsere Politik hat. Zuruf bei den Unabh. Soz.: (Vorwärt!) Wenn Dittmann uns vorwarf, wir hätten veräußert, gegen die Aldeutschen Front zu machen, so sind wir stets aufs schärfste dem entgegengetreten, daß der aldeutschen Propaganda von irgendwelchen Behörden Vorhieb geleistet wird. Die Debatte über die Vaterlandspartei hat diese Gegensätze aufgerissen. Die Verantwortung dafür trifft die Aldeutschen, insbesondere die Vaterlandspartei. (Sehr wahr!) Die Methode ihrer Propaganda wird wieder geübt, beleuchtet durch die Art, wie die „Deutsche Tageszeitung“ über unsere Sonnabendblätter berichtet. Da schreibt der bekannte E. R.: Die Behandlung der Interpellation durch die Vertreter der Hungerfriedensmehrheit kann kurz und treffend bezeichnet werden als eine Demonstration gegen die Wahrheit und ihre Verteidigung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dasselbe steht unterschrieben seinen Lesern einmal die ganze Rede des Abg. Haase und außerdem den Teil der Rede des Abg. Landberg, der die Fälle von Anlagematerial enthielt vollständig. Trotzdem hat es die Stimmen zu behaupten, die Interpellation war eine Demonstration gegen die Wahrheit. (Hört! hört!) Das ist ein Kanak an Wahrheit und Gewissen, der sehr stark ins Pathologische hinaufreicht. (Sehr richtig!) Das Wort von der „Hungerfriedensmehrheit“ (Schleubert Graf Reventlow nicht weniger als 17mal in diesem Vagenartitel in deutsche Volk. Man hat mir vorgelesen, daß ich in einem Artikel scharfe Worte gegen die Aldeutschen gebraucht hätte. Mein Artikel war aber die Antwort gegen die Resolution, die in der Ortsgruppe Berlin des aldeutschen Verbandes gefaßt worden ist und in der es u. a. heißt: Es gibt mit dem inneren Feind

— damit ist die Reichstagsmehrheit gemeint — so wenig einen Verständigungsfrieden wie mit dem äußeren. Ein seltener Griff mit eiserner Faust tut nol, aber der wird auch Wunder wirken.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Kann man innerpolitische Kämpfe mit inneren Mitteln treiben und verhängnisvoller die Einheit des Volkes gefährden! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir ist nicht bekannt geworden, daß die Janusz oder irgendeine andere Stelle hier eingeschritten wäre. Was gegen den „Vorwärts“ meine Erwiderung brachte, wurde ihm das Verbot angebracht, wenn er sich nicht einmischte. (Hört! hört!) und die Verbreitung meines Artikels in der Provinz wurde überhaupt unteragt. Es ist gewiss, daß die deutsche Vaterlandspartei begründet ist als Massenorganisation für den kommenden Wahlkampf. (Sehr wahr! links.) Die Behauptung, die Vaterlandspartei sei gar keine Partei ist demagogische Reduktion. In der Tat ist es eine Partei mit ganz bestimmten

Parteiziele; es gehören zu ihr alle, die noch keinen Frieden wollen, und weiter alle, die keine Neuordnung im Innern wollen, also die Kriegsverlängerer und die Reaktionsäre. Herr v. Große meinte, die Partei komme aus den Tiefen des Volkes. Das sieht man schon aus den Namen der Gründer: Herzog Albrecht von Mecklenburg ujm. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nein, es ist

die ausgesprochene Partei der oberen Zehntausend

und sie verfügt über den großen Einfluß, den diese Kreise durch ihre verwandtschaftlichen und sonstigen Beziehungen haben. (Sehr richtig! links.) Diese oberen Zehntausend gehören zu den Leuten, die durch den Krieg am wenigsten leiden und am meisten Angst haben vor Reformen im Innern. Während draußen das Blut der Angehörigen aller Parteien sich mischt im Kampfe für die Verteidigung des gemeinsamen Landes, haben diese Leute die Stim, sich als die einzig wahren Deutschen und die Nationalen, die nicht so wollen, wie sie, als Landesverräter zu bezeichnen. (Hört! hört!) Und eine solche Partei wird von den Behörden gefördert. Seit gestern abend haben wir darüber neues wichtiges Material bekommen. An einem Vortrag, den ein Oberst von Berger vom Chef des Generalstabes Chappensinspektions 5 zur Instruktion für Offiziere, die diesen Aufklärungsdienst im Heere leisten wollen, gehalten hat, heißt es äußerst bezeichnend: „Bisher bestand der Grundfah, keine Politik ins Heer zu tragen. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten, heute aber sind Heer und Volk kongruente Begriffe geworden: die Weisheit auf das Volk und Heer zu wirken, wird nie wieder in dem Heere kommen, wie sie heute gegeben ist. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.“ Die Vor der Zeit fordert, daß sie abgelehnt wird.“ (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Eine Diskussion nach den Vorträgen soll nach dieser Instruktion absolut ausgeschlossen sein. (Hört! hört!) Gegenüber der Behauptung des Reichskanzlers, daß über Kriegsziele bei den Vorträgen nicht gesprochen werden sollte, stelle ich fest, daß Herr v. Berger in seinem Vortrag u. a. sagt: „Man muß dem gewöhnlichen Manne Normen geben: Wenn sich einmal nach einem deutschen Frieden unsere Feinde erheben, haben und es gelüftet sie, einen erneuten Entschloßensversuch zu unternehmen, so darf der deutsche Arm und das deutsche Schwert nicht wieder gelähmt werden, wie es 1914 durch Belgiens geographische Lage und Reichshof geschah.“ (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Diese Rede hat Oberst v. Berger im Auftrag der Obersten Heeresleitung gehalten. Der Redner trägt weiter eine Reihe von Einzelheiten vor, als Beweis dafür, daß aldeutsche Politik im Heere tatsächlich betrieben wird. Ein höherer Offizier hat zu seinen Soldaten von der

Reichstagsmehrheit als Lumpen

gesprochen und gesagt:

„Ich sehe nicht an, diese Bande für Gefindel und Landesverräter zu erklären; sie gehören vor ein Kriegsgericht, handtätlich erschiesen soll man sie. (Hört! hört!) Wer das Wort Frieden auspricht, ist ein Schuft.“

Ich habe in meiner Familie verboten, daß das Wort gebraucht wird. Wo in einem Regiment die Aufforderung zum Weiteit zur Vaterlandspartei sehr wenig befolgt wurde, ließ der Hauptmann die Leute antreten und jeden einzeln nach dem Grunde fragen, warum er nicht beitreten wolle. Die Mehrzahl hat dann aus Angst untergeleitet. (Hört! hört!) Was muß ein solches Vorgehen für Folgen im Heere haben! Glauben Sie, daß da nicht eine Gegenbewegung eintritt? Die Soldaten müßten ja alle Dummschpe, Feiglinge und Gehirnschlumpen sein, wenn dadurch die Erbitterung nicht laminarartig anwächst. Sobald politische Dinge zur Sprache kommen, muß das Vorgehender Verhältnis aufhören. (Sehr richtig! bei den Soz.) — Die Vaterlandspartei baut sich auf dem Wahnglauben auf, man könnte mit rein militärischen Mitteln diesen Krieg zur Entscheidung bringen. Daß der U-Boot-Krieg und den vierten Kriegswinter nicht erpopen wird, steht heute schon fest. Wenn die Reichstagsmehrheit wirklich einen Verständigungsfrieden wollte, so wäre das doch merkwürdig, wenn unsere Gegner nicht sofort darauf eingingen. In Wahrheit liegt es so, daß sie unser Friedensangebot abgelehnt haben, weil sie selbst noch nicht zum Verständigungsfrieden ihrerseits bereit sind. Die Resolution vom 19. Juli hat in den Entschloßenern die Friedensbindung bekräftigt. Darin besteht überhaupt die einzige Möglichkeit, den Krieg abzukürzen. (Sehr richtig!) während die Herausstellung von Eroberungs- und Verschmelzungsplänen die Kriegseidenschafren bei den Gegnern aufreißt und

Somit sind die Aldeutschen und ihre Politik geradezu eine Gifttruppe des feindlichen Auslandes.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Die Angst vor einem vorgeitigen Frieden ist ja leider, leider unbegründet. Wenn aber der neue Kriegswinter und das vierte Kriegsjahr mit seinem furchtbaren Jammer und Elend, seinen Hezatomben von Menschenblut überstanden werden soll, so kann das deutsche Volk die Kraft zum Durchhalten nur durch die feste Ueberzeugung erhalten, daß der Feind und zur Verteidigung des Vaterlandes, seiner politischen Unreife und seiner Lebensbedingungen zwingt, daß es nicht von uns abhängt, Frieden zu schließen. Nur die Ueberzeugung, daß die Schuld für die Verlängerung des Krieges ausschließlich bei unseren Feinden liegt, gibt uns die Kraft zum Durchhalten, bis man auch bei unseren Feinden eintritt, daß eine militärische Entscheidung gegen uns unmöglich ist, daß es unmöglich ist, uns einen imperialistischen Frieden aufzuzwingen. Kögen die Herren von der Regierung sich hüten, den Verdacht auf sich zu laden, als ob sie für Ziele Krieg führen wollen, die unerreichtbar sind und wenn sie erreichbar wären, zum Unheil ausführen müßten, weil sie zu einem latenten Kriegszustand führen würden, zunächst zu ungeheuren Kämpfen. Dieser Friede der Aldeutschen wäre in der Tat ein Hungerfrieden. (Sehr wahr!) Wenn Sie sich gegen eine Neuordnung im Innern angeblich während des Krieges wenden, so wollen Sie die Neuordnung auch nach dem Arzige nicht. Es sind ja dieselben Herren, die in den ersten Kammern gegen die Reform des Wahlrechts Sturm laufen. Dem undeutschen Ideal der Aldeutschen, dem Ideal der Unterwürdigkeitsgehung des demütigenden sich Fügens und Ausdens vor Annahmen und Uebergriffen setzen wir das Ideal des aufrechten deutschen Mannes, das Ideal der freien ebenbürtigen Persönlichkeit entgegen. Wir wollen Deutschland frei wissen, frei vom Ausland und frei auch im Innern. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Haase (Unabh. Soz.):

Ich habe keinen Anlag, über unsere politische Tätigkeit irgend ein Dunkel zu lassen. Der Ratrose, von dem der Staatssekretär v. Capelle sprach, hat zwar in unserem Fraktionszimmer eine Unterredung mit mir gehabt, mir jedoch nicht einen solchen Plan zur Zustimmung der deutschen Flotte vorgetragen. Einen Beweis für das Gegenteil wird der Staatssekretär nicht vorlegen können. Letzters haben mich Ratrosen und Angehörige des Landheeres im Reichstag aufgesucht und mir Belcherden über die Flotte, namentlich Klagen über unzulässige Verhandlung vorgetragen. Auch der betreffende Ratrose hat bittere Klage geführt und von der partien Unzufriedenheit der Ratrosen gesprochen und ihren Mangel an geistiger Nahrung, dem zum Teil durch zahlreiches Abonnement auf die unabhängige sozialdemokratische Presse abgeholfen sei. Ihr Plan sei, sich weiter fortzubilden und in Zusammenkünften zu Lande auch politische Unterhaltungen zu pflegen. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß das an sich zwar erlaubt sei, aber unter den besonderen Bedingungen, unter denen er lebt, habe ich ihn zur Vorsicht gemahnt. Ich bin es dem Gedanken dieses Ratrosen schuldig, hier zu erklären, daß er den Eindruck eines frischen, ehrlichen jungen Mannes machte, und daß ich auf das Beste erfüllt war, als ich hörte, daß er wegen der

Die auswärtige Politik im Reichstag.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Hg. Hehenbach (Z.): Wir stehen noch wie vor auf dem Boden der Friedensfundgebung des Reichstages vom 19. Juli. Die gegenseitigen Anklagen, die Präsident Wilson unter heuchlerischer Maske gegen das deutsche Volk gerichtet hat, weisen wir mit Entschiedenheit zurück und verbiten uns jede Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten. Das großartige Programm, das Graf Czernin über den

Aufbau einer neuen Weltordnung

verkündet hat, zeigt, daß diese idealen Gedanken nicht mehr lediglich bei Philosophen zu finden sind. Nach den Erfahrungen dieses furchtbaren aller Kriege sollte man in allen Völkern die Ueberzeugung erwarten, jetzt sei es an der Zeit, von philosophischen Worten zur Tat überzugehen. In unseren Feinden liegt jetzt die Entscheidung, der Reichstag wird eine weitere Friedensfundgebung, die deutsche Regierung ein weiteres Friedensangebot nicht machen. Der Reichstagsler hat sich der Auffassung der Reichstagsmehrheit durchaus angeschlossen. Der Regierung steht die Führung zu, wir sind bereit, ihr zu folgen, aber nur, wenn sie einig und stark ist. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Kühlmann:

Berna und Krugau haben den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit uns beschlossen. Das Kohlenabkommen mit Holland ist somit gefährdet, daß nur noch wenige Formalien ausstehen. Die Bemühungen des Papstes um die Anbahnung eines Gedanken-austausches der feindlichen Mächte haben seit unserer Beantwortung der päpstlichen Note

einen wesentlichen Fortschritt nicht gemacht.

Graf Czernin hat auf neue die Bereitwilligkeit der Zentralmächte für einen ehrenvollen Frieden betont und in großem Maße, weil über den Tag hinauslickender Weise auf die Grundlinien hingewiesen, auf denen vielleicht einmal das neue Europa aufgebaut werden könnte. Über die Rede des englischen Marine Ministers Churchill, des genialen Führers der englischen Armee nach Antwerpen, zeigt sich von dem neuen Geist recht wenig berührt. Asquith hat kaum gesagt, daß die Zurückgabe von Elsass-Lothringen in die gleiche Linie gestellt werden müsse mit der belgischen Frage. Er hat damit die Lage so charakterisiert, wie sie sich mir nach allem, was ich aus sonstigen Quellen erfahren habe, mit vollkommener Deutlichkeit darstellt. Die Frage, um welche heute die Völker Europas noch kämpfen ist nicht in erster Linie Belgien. Die Frage, um die Europa mehr oder weniger in einen Schutthaufen verwandelt wird, ist

die Zukunft Elsass-Lothringens.

England hat sich Frankreich gegenüber diplomatisch verpflichtet, so lange mit seiner gesamten Staatsgewalt und mit seinen Waffen für die Rückgabe Elsass-Lothringens einzutreten, als Frankreich sich an dieser Forderung festhält. (Hört! hört!) Dieser Lage gegenüber ist es angebracht, die deutsche Stellung ruhig, klar, aber auch fest zu umschreiben. Auf die Frage, ob wir in bezug auf Elsass-Lothringen irgendwelche Zugeständnisse machen werden, haben wir nur die eine Antwort: Nein, niemals. (Lebhafte Zustimmung.) Solange eine deutsche Faust noch die Platte halten kann, kann die Unberührtheit des Reichsgebietes nicht Gegenstand irgendwelcher Verhandlungen und Zugeständnisse werden. Elsass-Lothringen ist Deutschlands Schild und das Symbol deutscher Einheit. (Wohol!) Eine solche Klarstellung kann dem Aufkommen eines ehelichen Friedenswillens in der Welt nicht schädlich sein. Wohin wir gehen, sind

nicht phantastische Erörterungen,

es ist die Unberührtheit des Deutschen Reiches. (Lebhafte Beifall.) Soweit ich die Weltlage zu überblicken imstande bin, gibt es außer dem französischen Wunsch nach Elsass-Lothringen kein absolutes Hindernis für den Frieden (Hört! hört!), keine Frage, die nicht durch Beratungen und Ausgleich berast gelöst werden könnte, daß die Aufwendung von so viel Blut und so ungedeuerter Mittel für die Befreiung und der Geschichte rechtferdigung ließe. Eine irrtümliche Auffassung ist es, als ließe sich durch öffentliche Erklärungen von der Rednertribüne die politische Lage noch wesentlich fördern. Solche öffentlichen Erklärungen müssen einfach sein und alle schwebenden Fragen sind so gegenseitig verknüpft, daß ihnen eine solche Erklärung nur in beschränktem Maße gerecht werden könnte. Unsere Feinde haben ja noch nicht einmal ihre Friedensziele in einer Weise kundgegeben, die auch nur annähernd den bestehenden Tatsachen gerecht würde. Sie haben lediglich vollkommen utopische Maximalforderungen verkündet, die nur durchgeführt werden könnten nach völliger Niederringung Deutschlands und aller seiner Verbündeten. (Sehr wohl!) Demgegenüber ist unsere Politik real und nüchtern und rechnet mit den gegebenen Tatsachen. Wenn sich die Gegner so stellen, als könnten sie keine Klarheit über die deutschen Kriegsziele bekommen, so ist das Heuchelei. Unsere Note an den Papst kann für jeden, der hören und verstehen will, keinen Zweifel über die wesentlichen Grundlagen des deutschen Friedensprogramms lassen. Die auswärtige Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie gezogen ist

von der Zustimmung des Volkes

und seiner großen Masse. (Wohol links.) In dieser ernsten Schicksalsstunde ist jeder mündigen, unserer auswärtigen Politik die Macht und Geschlossenheit zu geben, die sie braucht, um den Sieg und den Frieden zu erreichen. (Lebhafte Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Hg. Dr. Gradnauer (Soz.):

Die Rede des Staatssekretärs war von großer Bedeutung. Man muß sich danach mit der Tatsache abfinden, daß vor allem England zum Frieden noch nicht bereit ist. Es sind in der Tat ausschweifende Pläne, die England noch immer verfolgt. Die vorliegenden Forderungen Asquiths gehen auf nicht weniger als auf die Vernichtung Deutschlands hinaus. Er fordert ein Groß-Rumänien, ein Groß-Serbien, d. h. Zerstückelung Oesterreich-Ungarns. Befreien will England, allerdings nur auf Kosten seiner Kriegsgegner; daran, den von ihm selbst unterjochten Völkern die Freiheit zu geben, denkt es nicht. Unter diesen Umständen sagen auch wir Sozialisten, in der Verteidigung unseres Landes müssen wir ausharren. (Wohol!) Da eine Befreiung von Elsass-Lothringen denkt bei uns in Deutschland niemand. (Sehr richtig.) Die Franzosen sollten sich endlich das Wort laurés zu eigen machen, der im April 1911 sagte: „Eine auf deutsch-französische Verständigung gerichtete Politik würde die Demokratisierung Deutschlands beschleunigen. In diesem demokratischen Deutschland könnte Elsass-Lothringen eine Autonomie erhalten, die ihm erlaubt, seine französischen Erinnerungen zu pflegen und die Kultur der beiden verbündeten Völker harmonisch zu verschmelzen.“ (Sehr gut! bei den Soz.) Wir unterwerfen uns jedenfalls aus diesem Kriege die Folgerung ziehen, daß für Elsass-Lothringen die volle Selbstverwaltung eingeführt wird. In Rußland haben sich die Verhältnisse leider nicht so entwickelt, wie wir gehofft haben. Es ist der englischen Diplomatie

Trommelfeuer und erneuter Infanteriekampf in Flandern — Artilleriefener nordöstlich Soissons.

Amlich. Großes Hauptquartier, 9. Oktober 1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Artilleriekampf in Flandern war trotz des stürmischen, regnerischen Wetters stark zwischen dem Houthouster Walde und Sandvoorde. Abends jagte der Feind seine Wirkung zu heftigen Feuerstößen gegen einzelne Abschnitte zusammen.

Nach unruhiger Nacht steigerte sich auf der ganzen Front die Artillerietätigkeit zum Trommelfeuer. Beiderseits der Bahn Station-Besinghe und nördlich der Straße Renin-Spern drach englische Infanterie zum Angriff vor; der Kampf ist im Gange.

Bei den übrigen Armeen kam es — abgesehen von tagelänger andauerndem Feuer nordöstlich von Soissons — nicht zu größeren Gefechtsabhandlungen.

Auf dem

östlichen Kriegsschauplatz

nichts von Bedeutung.

Mazedonische Front.

Lebhafte Feuerstätigkeit südwestlich des Dojran-Sees, im Bardar-Tale, am Dobropolje und im Cerna-Bogen.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 9. Oktober 1917, abends. Amlich.

In Flandern entwickelte sich aus den Frühkämpfen eine neue Schlacht, die zwischen Draabank (nordöstlich von Bizschote) und Ghelweldt (18 Kilometer) noch andauert. Trotz mehrmaligen Ansturms beschränkt sich der Geländegewinn des Feindes nach den bisherigen Meldungen auf einen schmalen Streifen zwischen Draabank und Poelkappel; im übrigen wurden die Angriffe abge-schlagen.

Sonst nichts von Bedeutung.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 9. Oktober 1917. (W. Z. B.) Amlich wird verkauft:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei Sal auf der Hochfläche von Bainizza-Heiligen-geiz wurde gestern früh ein italienischer Angriff unter starken Feindverlusten abgeschlagen. 120 Gefangene und 7 Maschinengewehre blieben in unserer Hand.

Bei Kostanjevica drachte uns ein erfolgreiches Unternehmen 180 Gefangene ein.

Albanien.

Oestlich von Salona wurde ein italienischer Uebergangs-versuch über die Sazufa vereitelt.

Der Chef des Generalstabes.

gelingen, Rußland am Jügel zu halten und es seinen Zwecken nutzbar zu machen. Aber es sind auch von deutscher Seite Rußland gegenüber schwere Fehler gemacht worden. Nach den heutigen Erklärungen des Staatssekretärs v. Kühlmann hoffen wir, daß solche Fehler in Zukunft nicht wieder gemacht werden. Herr v. Kühlmann hat sich heute mit erfreulicher Klarheit ausgesprochen, im Gegensatz zu den bisherigen Erklärungen des Reichs-Lanzlers. Die Noten unserer Regierung waren gut, aber die Russen, die nach dem Taktik des Reichs-Lanzlers bisher dazu gemacht wurde, war herzlich schlecht. (Sehr gut! bei den Soz.) Nach der heutigen Rede des Herrn v. Kühlmann ist festzustellen, daß es außer Elsass-Lothringen weder im Osten noch im Westen irgend ein wirkliches Friedenshindernis gibt, aber daß nicht eine Verständigung möglich wäre. Darunter fällt also auch Kurland, Posen, Belgien. In bezug auf unsere Stellung zu Belgien muß völlige Klarheit geschaffen werden. Das wird unter Verhältnis zu den Neutralen verbessert und wird auch die Friedensförderung in den feindlichen Ländern fördern. (Sehr wahr!) Dieser Friede wird nicht von den Diplomaten gemacht werden, sondern von den Völkern. (Sehr wohl! bei den Soz.) Mit Freunden haben wir die Rede des Grafen Czernin über die Abrüstung und die Schiedsgerichtsfrage begrüßt. Das sind alle sozialistische Anschauungen. Wir werden alles daransetzen, daß wirklich die Lehren aus diesem Kriege in diesem Sinne gezogen werden. Dann wird aus diesem Kriege ein neues Europa entstehen, in dem ein Geist der Kultur und des Friedens herrscht. (Beifall bei den Soz.)

Hierauf verlas das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 10 Uhr.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Feindschaft ohne besondere Gründe.

Uruguay als Vasall der Vereinigten Staaten.

Der Entschluß Uruguays, an die Seite der Gegner Deutschlands zu treten, wird durch folgende Nachrichten gekennzeichnet:

Aus Montevideo meldet Sabas: Eine Botschaft des Präsidenten an die Kammer erklärt, daß die Regierung von Uruguay zwar nicht unmittelbar von Deutschland beleidigt worden sei, daß es aber notwendig sei, sich mit den Verteidigern der Gerechtigkeit, Demokratie und der kleinen Völker in Uebereinstimmung zu setzen.

Die „Times“ meldet aus Montevideo: Die Regierung von Uruguay hat mit Zustimmung der großen Mehrheit der Mitglieder von Kammer und Senat beschlossen, die diplomatischen und kommerziellen Beziehungen zu Deutschland abzubrechen und dem deutschen Gesandten die Pässe auszu-händigen. Besondere Gründe für den Abbruch der Beziehungen werden nicht angegeben. Es wird nur der Wunsch ausgesprochen, die amerikanische Solidarität und die Sympathie mit den Müttern zum Ausdruck zu bringen und die deutschen Kriegsmethoden zu verurteilen.

Mit dieser Wilsonschen Kriegsformel wird immer wieder der eigentliche Grund maskiert, daß der Dollar un-widerstehlich ist.

Die Frage nach der Wirkung, die das Verhalten Uruguays auf Argentinien ausüben wird, liegt nahe. Nach Amsterdam wird aus Buenos Aires gemeldet: Die argentinische Presse bespricht ohne viel Worte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Uruguays zu Deutschland. In Brüssel freilich fühlt man sich unbehaglich, da man meint, daß Montevideo Buenos Aires als Hafen verdrängen werde.

Der Sozialistenkongress in Bordeaux.

Für und wider Kriegskredite und Beteiligung an der Regierung.

Bordeaux, 8. Oktober. In der Vormittags-sitzung des Sozialisten-kongresses befragte Gouda von der Minderheit die Verweigerung der Pässe für Stockholm durch die Regierung, erklärte sich aber für die Kriegskredite und die Teilnahme der Partei an der Regierung. Wilhaud (Mehrheit) warf den Reichsthalern Verhandlungslosigkeit für die Ansichten der Nation vor, durch die sie sich zu Mitschuldigen für die Verlängerung des Krieges machten; er erinnerte an Dr. Feilerichs Erklärung, daß Deutschland erst besiegt sein müßte, wenn es Elsass-Lothringen her-ausgeben sollte, und beantragte eine Aufforderung an die neutralen Sektionen der Internationale, den Fragebogen des Holländisch-Scandinavischen Ausschusses in gleichem Sinne zu beantworten wie die französische Sektion. Alexander Blanc (Reichthaler) sprach gegen jede Beteiligung der Partei an der Regierung. Schließlich erklärte Schabas, Bürgermeister von Roubaix, der in deutscher Gefangenenschaft gewesen war, zur Belämpfung des ins Land gedungenen Feindes müßten die Kriegskredite bewilligt werden; sie verweigern, ließe für den König von Preußen arbeiten. Die Internationale müsse besonders dazu wieder aufgerufen werden, um die deutschen Angreifer vor ihr zu belangen; in seiner Gegend sei man für einen Frieden ohne Annexionen, aber mit Ersatz für die dort durch den Feind angerichteten Schäden.

In der Nachmittags-sitzung wurde ein Antrag der Reichthaler, Raffin Dugens den Vorsitz der nächsten Sitzung zu über-tragen, zu lebhafter Erörterung. Renaudet wollte Raffin Dugens diese Gelegenheit zu paritätischer Spitation nicht ein-räumen und drohte, als Direktor der „Humanité“ zurückzutreten. Ellen Trébois erinnerte daran, daß Raffin Dugens sich in der Kammer zur Abstimmung für die Kredite bereit erklärt habe, wenn es auf seine Stimme ankomme, daher könne er auch dem Kongress prä-sidieren. Trotzdem wurde der Antrag mit 1403 gegen 1360 Stimmen bei 85 Stimmenthaltungen (22 waren abwesend) abgelehnt.

Salidres (Minderheit) sprach für die Kriegskredite und die Teilnahme der Partei an der Regierung. Compère Morel rief lebhaften Streit hervor, als er aus dem Tagebuch des Arbeiter- und Soldatenrats in Petersburg mitteilte, daß der Gedanke einer internationalen Konferenz der russischen Sozialisten durch die deutsche Sozialdemokratie eingegeben worden sei. Cahin erklärte das für eine Ent-findung der bürgerlichen Presse. Der ehemalige Handelsminister Albert Thomas berief sich auf den Dänen Vorphjerg, der ihm mitgeteilt habe, daß er die russische Revolution im Kauer der deutschen Sozialdemokratie zu einer internationalen Konferenz aufgefordert, daß aber auch unabhängig davon die russische Regierung die ersten Schritte zu einer solchen Konferenz getan habe. Er erzielte eine starke Ovation mit seiner Ermahnung, der französische Sozialismus möchte daraus lernen, wie man die Schlingen des Feindes vermeide.

Der Ausschuss zur Ausarbeitung der Ent-schließung, mit welcher der Kongress am 8. Oktober geschlossen werden soll, tritt, aus 21 Mehrheits- und 17 Minderheitsvertretern bestehend, am Abend zusammen.

Die neue russische Regierung.

Die Umbildung der russischen Regierung ist in schnellstem Anschluß an das Ergebnis der Demokratischen Konferenz voll-zogen worden. Die Petersburger Telegraphen-Agentur teilt das Ergebnis in folgender auffallenden Gruppierung mit:

Amliche Liste des von Kerenski auf der Grundlage des Uebereinkommens mit den demokratischen und bürgerlichen Par-teien neu gebildeten Ministeriums.

Sozialistische Minister sind: Kerenski, Ministerprä-sident und Oberbefehlshaber; Rikstin, Inneres, Posten und Telegraphen; Maliantowitsch, Justiz; Prokops-witsch, Nahrungsmittelversorgung; Kuznetsov, Landwirtschaft; Gwosdow (?), Öffentliche Arbeiten.

Nichtsozialistische Minister sind: Tereschkenskis, Aus-wärtige Angelegenheiten; Kosowskij, Handel und Industrie; Bernants, Finanzen; Salantkin, Öffentliche Unterricht; Karia-schew, Kultus; Rikschin, Öffentliche Unterhaltung; Smirnow, Staatskontrolleur; Tretyakow, Präsident des Wirtschaftsrats bei der vorläufigen Regierung; Livrowskij, Verkehrsminister; Gen-eral Werschowskij, Krieg; Admiral Werberowitsch, Marine.

Das neue Ministerium ist aus Männern gebildet, die in der bisherigen Politik nicht als ausgesprochene Vertreter der beiden großen Richtungen, der kadettisch-bürgerlichen und der sozialistischen aufgetreten sind und sich eine gewisse Beime-angung gegenüber ihren Parteien gewahrt haben. Die Mehrheit ist, daß die Parteien durch diese Männer nicht fest-gelegt und verpflichtet werden, was ihre Schemen beweist, trotz der erkannten Notwendigkeit einer Koalitionsregierung die volle Verantwortung für deren Aufrechter zu übernehmen.

Das russische Vorparlament.

Petersburg, 8. Oktober. Petersburger Telegraphen-Agentur Es wird gemeldet, daß das Vorparlament auf Antrag von Zeretelli als Einseitiger Rat der Republik Rußland bezeichnet werden wird. Er wird das Recht haben, Fragen an die Regierung zu richten, aber keine Interpellationen, sowie das Recht der Initiative in Fragen, die den Staat betreffen, und der Verhandlung über Maß-regeln und Entwürfe, die ihm von der Regierung vorgelegt werden.

Der Hauptauschuß der Kadetten hat einen Unter-ausschuß von fünf Mitgliedern eingesetzt, der im Einvernehmen mit ent-sprechenden Ausschüssen der Industriellen von Moskau und Petersburg eine Liste von Vertretern der bürgerlichen Parteien für das Vorparlament aufstellen soll, deren Anzahl auf 120 festgesetzt worden ist.

Petersburg, 8. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Nachrichtenblatt der vorläufigen Regierung veröffentlicht die amtliche Liste der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung,

wobei es insgesamt 730 Wahlbezirke festsetzt. Von den wichtigsten Bezirken wählen: Petersburg 20 Mitglieder, Moskau 19, der Kaiserhof 36, Aizu 42, das Donbecken 17.

Petersburg, 9. Oktober. Petersburger Telegraphen-Agentur. Im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat wurde die Neuwahl des Bureau vorgenommen, das jetzt aus sieben Mitgliedern, nämlich vier Sozialisten, darunter Trotsky und Kamenew, zwei Sozialrevolutionären, darunter Tschernow, und einem minimalistischen Sozialdemokraten besteht. Der Sozialist Trotsky wurde zum Vorsitzenden des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats gewählt.

Die Lage in Petersburg.

Stockholm, 9. Oktober. (Sig. Ver. des „Sörwärts“.) Seit den Kornanfällen dauert die Waffensucht der Ausländer, besonders Engländer, an. Die englische Regierung rief dringlich an, das Land zu verlassen. Ein ruhiger Beobachter schätzte die Petersburger Arbeiter als ganz bolschewistisch, die Sozialisten als ganz reaktionär. Der Kornanfall sei durch die Furcht vor einem Vorkommnis gegen Engländer und Franzosen entstanden worden, nicht durch die Militärregierung, die infolge Herabsetzung gleich Null war. Die Erdbeben beruhten auf der Überzeugung, daß hinter Kornilow Kriegsminister der Entente ständen. Mein Gewährsmann, der erst heute in Stockholm ankam, behauptet trotz Dementis die militärische Teilnahme von Gutesen Gruppen am Kornilowzug. Ganz Rußland will Frieden, aber die Lage ist völlig verworren. Nur an die Rückkehr des Zaren glaubt niemand.

Der Ausfall der russischen Eisenbahnen.

Petersburg, 9. Oktober. Petersburger Telegraphen-Agentur. Der Eisenbahnen-Ausfall nimmt den vom Ausbruch der Ausständigen angeforderten planmäßigen Verlauf. Die Regierung beschloß angesichts des Ausfalls, den Eisenbahnen die verlangte Lohn-erhöhung vom 1. September ab zu bewilligen, was eine jährliche Ausgabe von 730 Millionen Rubel erfordert wird. Gleichzeitig beschloß die Regierung, einen neuen Eisenbahntarif auszu-arbeiten. Ferner wird sie ein Gesetz über die besondere Verpflegung der Eisenbahner mit Lebens-mitteln erlassen. Andererseits glauben die Zeitungen zu wissen, daß die Regierung bis zur Veröffentlichung der er-mäßigten Gehehe alle Verhandlungen mit den Ausständigen ablehnen werde und daß sie sogar die Frage einer gerichtlichen Verfolgung des Ausschusses der Ausständigen erwogen habe. Gestern erklärten die Eisenbahnbataillone der Regierung, sie seien bereit, sie zu unter-stützen, um den Ausfall zu beenden. Nach den letzten Nachrichten sind nur die Angestellten der Linien Moskau-Petersburg in den Ausfall getreten, während die der anderen Linien nur pro-testieren.

Wien, 9. Oktober. Petersburger Telegraphen-Agentur. Die Konferenz der Arbeiterausschüsse aller Petroleum-bahrschäfte beschloß angesichts der Weigerung der Industriellen, Arbeiter und Angestellte nur mit Zustimmung der Arbeiterorgani-sationen zu entlassen, für den 10. Oktober den General-ausfall und bildete zugleich einen Ausfallsausschuß.

Holland unter amerikanischem Zwang.

New York, 8. Oktober. (Neuter.) Der Washingtoner Bericht-erstatte der Associated Press teilt mit, daß die Regierung sich end-gültig geweigert hat, dem holländischen Passagier-dampfer Rieuw Amsterdam das Einladen von Bunker-kohle zu gestatten, da Holland nicht die Zusicherung gegeben hat, daß das Schiff nach Abführung seiner für das belgische Hilfskomitee bestimmten Ladung nach den Vereinigten Staaten zurückkehren werde. Das Vorgehen der amerikanischen Regierung wird als Anzeichen dafür aufgefaßt, daß allen in New York liegenden holländischen Schiffen die Einnahme von Bunkerkohle verweigert werden wird, wenn Holland nicht gestattet, daß die Schiffe Ladungen für die Vereinigten Staaten fahren.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 8. Oktober. Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote wiederum 19500 Br.-Reg.-Tons versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer Joseph Chamberlain mit Broterladung, sowie der russische bewaffnete Dampfer Australis, der Fracht geladen hatte. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Das U-Boot von Cadix.

Madrid, 8. Oktober. Meldung der Agence Havas. Das emi-grante deutsche U-Boot hatte keine Munition, da die Torpedos, Bomben und Granaten nach der Internierung im Arsenal abgegeben wurden. Der deutsche Kommandant hatte dem Kommandanten des spanischen Torpedoboots, das das U-Boot II 293 in Schlepplage genommen hatte, erklärt, er wisse, daß er interniert werden würde, weil er in die spanischen Gewässer eingedrungen sei. Er sprach den Wunsch aus, in den Hafen zu fahren.

Der Ringkessel um Holland. Im Monat September sind an der holländischen Küste 414 Minen angetroffen worden; davon waren 300 englischer, 9 deutscher und 6 französischer Herkunft, während die übrigen 40 unbekannter Nationalität waren.

Der Kampf um Ostafrika.

Englischer Bericht aus Ostafrika vom 8. Oktober. Wir haben den zurückgehenden Feind am 5. Oktober im Wbenkuru-Tale zum Kampfe gestungen; der Feind zog sich in der Nacht zurück und hinterließ uns ein Gebirgsgeschütz und ein Maschinengewehr. Unser Vordringen dauert an. Ebenso zwangen wir den Feind im Suleledi-Tale zum Kampfe.

Im Westgebiete sind die Belgier dabei, Mafenge von Norden und Nordosten einzufließen, während britische Kolonnen 25 und 52 Meilen weiter südlich in enger Verührung mit dem Feinde von Westen und Süden her stehen.

London, 8. Oktober. Das Reuters-Bureau meldet aus Ostafrika: Der Kampf ist jetzt auf eine Gasse der Kolonie be-schränkt. Die Schwierigkeiten der Verpflegung der Truppen sind völlig überwunden. Die Engländer besetzen Masindi, 52 Meilen südwestlich des Hafens Kilimindje. Kavallerie steht bei Mbenkuru, 120 Meilen westlich von Masindi. Von Masindi wurde in südwestlicher Richtung Tandala erreicht. Die besetzten Masindi und die Robumalungung. Die Portugiesen beherrschen den Fluß von Tanduru bis zur Küste. Die Engländer halten Tanduru selbst besetzt. Die Belgier rücken bis wenige Meilen von Mahenge vor. Sivalo und Mafassi sind jetzt die einzigen wichtigen Punkte in deutscher Besitz. Sie werden täglich enger eingeschlossen.

Tirpitz torpediert die Wahrheit.

Großadmiral v. Tirpitz veröffentlicht im Namen der Deut-schen Vaterlandspartei folgende Erklärung:

In der Presse und im Reichstage ist die Behauptung auf-gestellt worden, daß die Deutsche Vaterlandspartei Förderung von amtlicher Seite erziehe und durch Ausnutzung amtlicher oder wirtschaftlicher Abhängigkeitsverhältnisse ihren Mitgliederbestand vermehre. Diese Behauptung ist un wahr; es fehlt ja-gar nicht an Anzeichen, die auf ein umgekehrtes Ver-halten mancher amtlichen Stellen schließen lassen. Wenn trotzdem in Einzelfällen Versuche von Beamten, Unter-

Deutschland muß leben!

Unfre Feinde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner müde werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es: „D u r c h!“

Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Jungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! So bereiten, so erwarten, so verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

nehmern usw., den Beitritt zu erzwingen, vorgekommen sein sollten, so wird die Parteilicheit dieses Verfahrens auf das schärfste. Es gilt hierfür dasselbe wie für das Eingehen von Fragen innerer Politik, das angeblich vereinzelt erfolgt sein soll. Sie würde in diesem Falle nur die dringende Bitte an ihre Mitglieder und Freunde richten können, solche Schritte zu unterlassen. Die Deutsche Vaterlandspartei verzichtet auf amtliche Protektion und auf Mittel der Mitgliederwerbung der geschützten Art. Sie hat sie auch durchaus nicht nötig, im Gegenteil, sie vermag die Erledigung der Riesensache von Bei-trittsanmeldungen aus allen Schichten und Parteien kaum zu bewältigen. Die Deutsche Vaterlandspartei ist eine Volksbewegung, die, aus der Notwendigkeit der Zeit geboren, ihren Weg ohne fremde Kräfte macht und für ihre Werbe- und Auf-klärungsstätigkeit lediglich dieselbe Freiheit beansprucht wie jeder Deutsche. Schon jetzt liefert das Wachsen der Vaterlandspartei den Beweis, daß mit uns die überwältigende Mehr-heit des deutschen Volkes hinter jeder Regierung steht, die einen zu Deutschlands Niedergang führenden Verzichtsfrieden ablehnt und die Fahne des Sieges hochhält.

Herr v. Tirpitz hat also die Stimm, die im Reichstage ausführ-lich erwiesene amtliche Förderung der Deutschen Vaterlandspartei kurzerhand als „unwahr“ zu bezeichnen. Bieweit diese Erklärung ernst zu nehmen ist, bemittelt das unmittelbar folgende Eingeständnis „einzelner Fälle“. Da Herr v. Tirpitz das im Reichstage und in der Presse vorgebrachte Material nicht völlig unbekannt gelassen sein kann, so heben wir nicht an, die beiden ersten Sätze seiner Erklärung für eine Unwahrheit, und zwar für eine bewusste, zu er-klären.

Herr v. Tirpitz hat ferner dem „Berliner Tageblatt“ folgende Erklärung zugehen lassen:

„In Ihrem Leitartikel — Sonntag morgen — behaupten Sie, unter Berufung auf den Abgeordneten Haas, ich hätte für den 1. August dieses Jahres die Unterwerfung Englands ver-heißt. Ich stelle fest, daß diese Behauptung durchaus un-wahr ist.“

Auch diese Erklärung ist charakteristisch für die Kampfmethode der Alldeutschen und speziell des Herrn v. Tirpitz. Der Abgeordnete Haas hat in dieser Form sich nicht im Reichstage geäußert. Er hat vielmehr vorgebracht, daß in der berühmten alldeutschen Agitationschrift „Deutschlands Zukunft“ Herr v. Tirpitz als Kron-zeuge dafür benannt worden ist, daß der unbeschränkte Unterwerfungskrieg in sechs Monaten-England niederzwingen würde. Die all-deutsche Propaganda ist schon vor mehreren Monaten erschienen. Trotzdem hat Herr v. Tirpitz in der gesamten Zeit gegen die ihm dort unterzeichnete Äußerung seinerlei Protest eingelegt. Jetzt, wo die Prophezeiung sich als falsch und lächerlich erweist, will er auf einmal nicht gefogt haben.

Das ist immer die Methode der alldeutschen Prophezen. Auch Herr v. Heydenbrand prophezeite im Juni die Auslösung Eng-lands binnen zwei Monaten, und als dann seine Prophezengebe sich als sehr mangelhaft herausstellte, bezog er sich darauf, daß er diese Ansicht nicht als eigene Meinung, sondern die eines hohen Marine-offiziers vorgebracht habe. Aber dagegen, daß die Alldeutschen seine Prophezeiung wochenlang agitatorisch vertreteten, hatte er nie das Mindeste einzuwenden gehabt.

Drückeberger!

Die im heutigen Reichstagsbericht erwähnte Anfrage des Abg. Dittmann hat folgenden Wortlaut:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Stahlwerk Ocker A. G., Billig bei Aresfeld, Kriegsverwendungs-fähige Personen aus den sogenannten höheren Gesellschaftsklassen, denen alle Berufs- und Fachkenntnisse für den betreffenden Betrieb fehlen, infolge gesellschaftlicher, verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu maßgebenden Per-

sonen der Werkleitung für den Betrieb in wahrheits-widriger Weise als Leiter oder Arbeiter vom Geeres-dienst reklamiert und von der Militärbehörde in auffallend entgegenkommender Weise freigestellt worden sind; ferner, daß eine große Zahl junger kaufmännischer Angestellten von der Werk-leitung fälschlicherweise als Arbeiter reklamiert worden ist?

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß sich unter den solcher Art Reklamierten befinden: 1. der Bruder des Generaldirektors, reklamiert als Leiter des Schmelz-baues, 2. der Bruder eines Werkdirektors, kurzzeit in Frankfurt a. M., 3. der Sohn eines Krefelder Arztes, Komponist von Beruf, reklamiert als Arbeiter, 4. ein Neffenbruder, Freund der Familie des Generaldirektors, reklamiert als Arbeiter, 5. der Mann der Frau des Generaldirektors, reklamiert als Arbeiter, 6. ein Apotheker, Bruder des Unteroffiziers, der auf dem Krefelder Bezirkskommando die Reklamationen für das Stahlwerk bearbeitet? Ähnliche Angaben werden auch von anderen Stahl-werken gemacht. Ist der Herr Reichskanzler bereit, diesen Dingen unverzüglich nachzugehen und Maßnahmen zu treffen, durch die solcher Mißbrauch der Reklamationsbefugnis verhindert wird?

Ueberhebung.

Der fromme „Reichsbote“ veröffentlicht unter der verlockenden Ueberschrift „Die parlamentarische Ueberhebung“ eine lange Schimpfepistel gegen die Reichstagsmehrheit. Von dem, was dort in christlicher Sanftmut den Reichstagsabgeordneten der Mehrheit vorgeworfen wird, zitteren wir nur einige Hauptpunkte: „Selbst-geliebte Eitelkeit“ — „aufgeblasener Größenwahn“ — „bis zum Unerschütterlichkeitsdünkel gehende Selbstgefälligkeit“ — „Wangen des Parlamentarismus“ — „Eitelkeit und Anmaßung“ — „Dünkel der Gernegroße“ — „parlamentarische Eitelkeit“ usw. usw.

Am Schluß des Artikels findet sich der Vorschlag, daß der nach dem Kriege neu zu wählende Reichstag zu zwei Dritteln aus Kriegsteilnehmern bestehen solle. Dagegen hätten wir gar nichts, und übrigens läge es ja in der Hand der Kriegsteil-nemer, welche die große Mehrheit der Wähler bilden werden, dies so einzurichten, wenn sie es wünschen. Aber die Folgen würden ganz andere sein, als der „Reichsbote“ sich träumen läßt.

Die Neuorganisation des Kriegsernährungsrates. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Bekanntmachung über die Ein-richtung des Kriegsernährungsrates, deren grundlegender § 1 folgendermaßen lautet:

Der Vorstand des Kriegsernährungsrates besteht fortan aus dem Staatssekretär, den beiden Unterstaatssekretären und neun weiteren Mitgliedern. Der Staatssekretär leitet die Geschäfte, vertritt die Behörde nach außen und ist für die Ausübung der der Behörde übertragenen Befugnisse verantwortlich. In wichti-geren Fragen entscheidet er nach Beratung mit dem Vorstand. Er führt den Vorsitz im Beirat und regelt dessen Geschäftsgang. Im übrigen verbleibt es bei den Bestimmungen der §§ 2 bis 6 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegser-nährungsrates vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 402).

Parteinachrichten.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz.

In der Geschichtsstube des Rathhauses zu Frankfurt a. M. tagte am Sonntag, den 7. Oktober, eine sozialdemokratische Ge-meindevertreter-Konferenz, die von 48 Gemeindevertretern und Wahlkreisvorstandsmitgliedern aus dem Agitationsbezirk Frank-furt a. M. und aus Hessen besucht war. Reichstagsabgeordneter Hoch-Hanau a. M. referierte über den Zusammen-schluß zu Zweckverbänden als Mittel zur einheitlichen und erfolgreichen Tätigkeit innerhalb der Ge-meinden. Er besprach ausführlich das ganze Gebiet der Lebens-mittelversorgung, behandelte die Lebensmittelbeschaffung und Ver-teilung durch die Gemeinden, ging auf den Lebensmittelwucher, den Schleichhandel und die Höchstpreispolitik usw. ein. Die Preis-frage machte den Gemeinden das größte Kopfzerbrechen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die notwendigen Lebensmittel auch zu billigen Preisen zu haben seien. Das verursache allerdings eine ungeheure Belastung der Gemeinden, die diese kaum tragen könn-ten. Wie die Ausgaben später gedeckt würden, wisse niemand. Bei der Abgabe von Lebensmitteln an die minderbemittelte Bevölke-rung zu ermäßigten Preisen müßte das Reich die Lasten über-nehmen. Doch sei auch dieses kein befriedigender Zustand, not-wendig sei eine allgemeine Herabsetzung der Lebensmittelpreise. Doch schlägt vor, daß die Genossen in den einzelnen Bezirken sich gegenseitig über die Lebensmittelversorgung verständigen sollen, um gemeinsam zu wirken. Lieferungen und Verbrauchsbezüge sollen zusammengelegt werden und ihre Versorgung in freier Verein-barung regeln. Neben empfiehlt hierzu eine entsprechende Ent-scheidung.

In der Diskussion wurden die verschiedenen Fragen der Lebensmittelversorgung ausführlich erörtert. Von den heftigsten Vertretern wurden heftige Vorwürfe gegen die Preispolitik der Stadt Frankfurt erhoben. Frankfurt überschreite beim Einlauf der Höchstpreise und trage so zu allgemeiner Verteuerung der Lebensmittel bei. Die Folge der Frankfurter Preispolitik wäre, daß die heftigsten Händler nach Frankfurt gingen und die hefti-geren Märkte verwaist ließen. In Frankfurt könnten die Händler unter den Augen der Behörden die Höchstpreise überschreiten. Hier müßte im Interesse der arbeitenden Bevölkerung von Hessen und von Frankfurt eingeschritten werden.

Der Resolution Hoch wurde einstimmig zugestimmt. Ebenso fand auch eine Entschiedenheit Annahme, in der Forderungen an Staat und Gemeinde festgelegt sind. Beschlossen wurde die Ein-setzung eines Aktionsausschusses, der auf dem Gebiete der Lebens-mittelversorgung wirken soll.

Ueber die Reformbedürftigkeit der preussischen Gemeindeverfassung sprach Johann Reichstagsabgeordneter Dr. Quard-Frankfurt a. M. Er zeigte die Not-wendigkeit der Abänderung der preussischen Verfassungszustände und betonte, im Landtag werde es einen heftigen Kampf um ein freies Wahlrecht geben, da müsse gleichzeitig eine Bewegung im Lande einsetzen. Die Lebensmittelversorgung hänge eng mit der Gemeindeverwaltung zusammen. Freie Gemeinde in Stadt und Land und durch die Gemeinde freier Staat und freies Reich mit Einrichtungen, die unseren Bedürfnissen entsprechen, das müsse unser Ziel sein.

Nach einer kurzen Aussprache fand folgende von Quard vor-gelegte und näher begründete Entschiedenheit einstimmige Annahme: Die sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz des Re-gierungsbezirks Wiesbaden um. richtet die dringende Aufforderung an alle Gemeindevertreter der Partei im Agitationsbezirk, die Be-wegung für eine demokratischere Gestaltung der preussischen Ver-fassungszustände dadurch zu unterstützen, daß sie ihren Gemeinde-larperkschaften alsbald folgenden Antrag stellen:

„Die Gemeindevertretung (Stadtworordnete, Gemeinderat) möge in Gemeinschaft mit dem Magistrat (Bürgermeister) bei der künftigen Staatsregierung dahin vorstellig werden, daß sie dem Land-tage schleunige Vorlagen machen wegen 1. Einführung des allge-meinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle mündigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts für die Gemeindevertretungen sowie die Kreisräte; 2. Vereinfachung des Hausbesitzerprivilegs in den städtischen Verordnungen; 3. Auf-hebung des Bestätigungsrechts für gewählte Gemeindeorgane; 4. Bechränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Ansetzung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden vor den ordentlichen Gerichten in allen Städteordnungen und Land-gemeindeordnungen.“

Parteiveranstaltungen der Sozialdemokratischen Vereine Groß-Berlins

Sozialdemokratischer Verein für Berlin I.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlung
 bei Glone, Kommandantenstr. 88.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Hugo Boehm. 2. Diskussion. 3. Die Arbeit der Frauen.
 Alle auf dem Gebiet der Arbeit stehenden Angehörige sind eingeladen.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin IV.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
Petersburger Viertel im Lokal von Karl Kühne, Schreinerstr. 68. Tagesordnung: Unsere Arbeit.
 Schnelles Erscheinen nötig, da bereits um 10 Uhr Vollzählung.
Landsberger Viertel im Klubium, Landsberger Allee 40. Tagesordnung:
Frankfurter Viertel bei Boer, Seberstr. 17. Vortrag des Stadtratsbesetzten Gen. Adolf Ritter.
Stralauer Viertel für die 21. und 22. Abteilung am Dienstag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, bei Wilhelm, Hofenlocherstr. 3. Vortrag von Gen. H. Dransfeld.
 Für die 23., 24., 25. und 27. Abteilung am Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, bei Fr. Schuder, Hinderbohrer Str. 3. Vortrag von Gen. W. Schumann. — Parteigenossen, welche sich amnestieren wollen und „Vorwärts“-Leser, welche auf dem Standpunkte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehen, werden hiermit ebenfalls zu diesen Versammlungen eingeladen.
Görlitzer Viertel bei Daus, Kauliger Str. 46. Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion aus der vorigen Versammlung. 2. Die Spaltung der Sozialdemokratischen Stadtvereinsfraktionen.
Cöpenicker Viertel bei Fröhlich, Rastauer Straße 1. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin VI.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin II.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
I. und II. Abteilung Westen bei Schneider, Hinterlehstr. 8.
 Referent: Genossin Wilhelmine Kühler.
III., IV., V., VI. Abteilung, Süden und Friedrichstadt bei Gabels, Bergmannstr. 6/7.
 Referent: Genossin Elfrida Ryneck.
VII. Abteilung, Süden, bei Reim, Urbanstraße 29.
 Referent: Genossin Martha Hoppe.
VIII. Abteilung, Süden, bei Welfe, Hagenstraße 54.
 Referent: Genossin Bohm-Schuch.
 In allen Versammlungen Vortrag über: „Unsere Frauenbewegung.“
Sozialdemokratischer Verein für Berlin III.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlung
 im Gewerkschaftshaus, Ungelerstr. 15. Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Redakteur Richard Hermann. 2. Vereinsangelegenheiten.
 Vorwärtsleser und Gäste sind willkommen.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin V.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlung
 in Ziemunds Behältnis, Prenzlauer Str. 8 und Joststr. 4.
 1. Vortrag unseres Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt über: Ernährungs- u. Unterhaltungsfragen im neuen Wirtschaftsjahr. 2. Nachfrage. 3. Organisationsangelegenheiten.
 Wir erlauben alle Mitglieder, besonders aber die Frauen, um rechtzeitiges Erscheinen. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin VII.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin VIII.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin IX.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin X.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XI.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XII.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XIII.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XIV.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XV.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XVI.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XVII.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XVIII.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XIX.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XX.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XXI.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XXII.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XXIII.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XXIV.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XXV.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XXVI.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin XXVII.
 Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Schweinmünder Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Straße 3.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
 8. u. 9. Abt. bei Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 10. Abt. bei Garus, Sallastr. 37.
 11. Abt. bei Spiegel, Hefenstr. 1.
 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Straße 36.
 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzett“, Schweden- und Geyerstraße 46.
 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5.
 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.
 Die Zahlreiche der 12. und 15. Abteilung befinden sich noch jetzt ab in der „Vorwärts“-Ausgabe des Wilhelmshöfener Str. 48. Der Vorstand.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
 7 Uhr: **Dantons Tod.**
 Donnerstag: Der leb. Leichnam.
Kammerspiele.
 7 1/2 Uhr: **Der Vater.**
 Donnerstag: Eine glückliche Ehe.
Volksbühne.
 Theater am Bülowplatz.
 Untergrund: Schön. Tor.
 7 1/2 Uhr: **Was ihr wollt.**
 Donnerstag: Hedda Gabler.
 Dir. C. Meinhard — R. Barnauer.
Theater „Der Königgrätzerstr.“
 7 1/2 Uhr: **Der Katzensteg.**
Komödienhaus.
 7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde.
Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: Die tolle Komödie.

WINTERGARTEN
 Warschauer Ballett.
 Anna Gassewka
 Prima-Ballerina von der
 Groß. Oper in Warschau
 und
Jan Trojanowski
 Hofballerina von d. Kgl.
 Oper in Dresden
 Dazu
 Neuer Varieté-Spielplan

Zirkus A. Schumann
 Letzte Saison in Berlin.
 Anfang 8 Uhr.
 Das unverhoffte neue
Zirkus-Sport-Programm.
 10 erstklassige Nummern 10
 U. **Nadehura**
 mit ihren Elefanten,
 Kamelen und Pferden.
8 Franconis 8
 und die
 übrigen Spezialitäten.
 Zum Schluss: Schnitzeljagd.

APOLLO
 Friedrichstraße an der Kochstr.
 Dir. James Klein.
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Hochzeit des Maharadscha
 Theaterk. ununterbr. geöffnet.
 Sonntags: 2 Vorstellungen,
 7 1/2 und 7 3/4 Uhr.

Kerkau-Palast
 Behrenstraße 42
 Im 1. Stock Punkt 5 U. nm.

Marionetten
 Unt. ander. wird. vorgel.:
 Francis Kaufmann
 Lucie Kieschhausen
 Klassische Tänze
 Sent W'ahosa
 Orientalische Tänze
 Robert Seidel
 Gebrüder Wille
 Hand- u. Kopf-Akrobaten
 Salerno
 der berühmte Jongleur
 Blondel
 am Schwungseil
 Tolo
 der unverwundl. Clown
 Hochinteress. f. Erwachsene,
 Kinder, jung und alt.
 Keine erhöhten Preise
 für Getränke erster Güte.
 Eintritt u. Garderobe frei.
 d. allbekanntesten
Konzert Gottschalk-Kap.

Theater für Mittwoch, 10. Oktober.
Central-Theater,
 Kommandantenstraße 57.
 7 1/2 Uhr: **Die Csardasfürstin**
Deutsches Opernhaus
 6 1/2 Uhr: **Die Walküre.**
Friedrich-Wilhelmstheater
 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Kleines Theater
 7 1/2 Uhr: **Bürger Schippel.**
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: **Schwarzwalddädel.**
Lustspielhaus
 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels
 vom Lindenhof.
Neues Operettenhaus
 Schiffbld. 4a. Kassens. N. 281
 7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

URANIA
 4 Uhr (halbe Preise):
Tirol einst und jetzt.
 8 Uhr:
Dr. Freyer:
**Auf den Spuren deutscher
 Auslandsarbeit.**
Rose-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Der Weiberfeind.
Walhalla-Theater.
 3 1/2 Uhr: Hänsel und Gretel.
 7 1/2 Uhr: **Zigener.**

Casino-Theater
 Kolbinger Straße 37.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Stillerer Humor! Or. Erfolg!
Die Schlägerpost!

Nächtliche Ausfahrt.

Von Wehrmann William Mah (im Felde).

Ein Uhr nachts — mein Dienst beginnt. Rasch in die Hofen. Wir haben Befehl, mit einer Benzolmaschine nach vorn zu fahren, um von der ausgegebenen Station A. die umkehrten Weichen zu betrie...

Das Anfahren der Maschine nimmt unsere Kräfte voll in Anspruch und nimmt uns den Rest der Müdigkeit. Noch einmal herum! „Good — jupp!“ — jetzt springt der Motor an. Alt — Alt — immer schärfer werdend, immer rasender dreht sich das Schwungrad, eine schwarze Wolke Benzolrauch umhüllt uns. Nun noch die beiden Flachwagen vor die Maschine, der Streckentrupp mit Werkzeugen darauf — und der Zug kann losfahren. Als Zugführer postiere ich mich auf dem vorderen Wagen an die Spitze. Stampfend und pustend arbeitet sich der Zug auf der Meterspur der einsigen Lokalbahn durch die Strahlen. Welch fröhliche Nacht mögen früher diese Schienen mandalim getragen haben...

Nun geht es hinein in die laue Sommernacht, vorbei an schimmernden Getreidefeldern, dann wieder in den dunklen Freischand durch noch bewohnte Ortschaften. Kraftfahrzeuge, Munitionskolonnen überholen uns eilig, marschierende Truppen bleiben hinter uns. Weiter, immer weiter geht's, dem großen Donner der Front entgegen. Vor uns am gestirnten Himmel taumeln die Venusflügel auf und ab, den Weg vor uns hin und wieder erhellend. Auf einmal — taatata — knackerst über unsern Köpfen. Flieger! Der Lärm unserer Maschine übertrifft das Singen des Motors. Taatata... ganz niedrig muß er jetzt sein. Unser Lokomotivführer hat den Motor abgeschaltet, der Zug steht, wir sind abgesprungen, nach allen Seiten uns zu decken, ich kriech hinter die schützende Maschine. Kein Zweifel, die Angeln gelten uns. Nun ist er genau über uns. Ich schleiche um die Maschine herum nach oben während, sehe aber nur die friedlichen Sterne, doch höre ich den Motor ganz deutlich. Da tastet plötzlich ein langer weißer Finger in das Nachtblau, sucht hin und her: ein Scheinwerfer. In seinem Lichte huscht der Apparat flüchtig, geippenfisch. Wau — bau bau — das ist die Abwehr. Tommy wird unsicher und verduftet. Wir atmen auf...

Weiter geht's, wieder habe ich meinen Platz an der Spitze eingenommen, schau auf die uns entgegenenden Weiche schauend und bereit, sofort Halbesignal zu geben, falls etwa die Strecke zerföhren sein sollte.

Zwischen flackernden Bränden tauchen jetzt die drei Türme von C. vor uns auf, Dachspitzen und Giebel zeichnen sich ab. Was liegt da am Grabenrand für ein klumpiges Bündel? Ich ohne es schauernd. Ein toter Kamerad... Er hat den Frieden.

Nun prallt der Zug zwischen die Häuser der Vorstadt, der Lärm prallt gegen die Häuser. Bald müssen wir die Kanalbrücke passieren. Ob sie intakt ist? Sie wurde oft beschossen. Folternd geht es darüber. Von der Stadt her — wir fahren rechts vorbei schwelt heizender Brandgeruch. In niedergebrennten Straßenzweigen leuchten die Flammen an rotglühenden Balken. Hoppla — hopp — jetzt ging es über eine Weiserkammerung. Grauatplitter rissen Säulen aus den Schienen. Aber wir sind schon darüber. Wir müssen auch bald am Ziele sein.

Haakt! — Vor mir gähnt ein riesiger Trichter. Weisbolstreifer. Die Schienen zersplittern und hochgehoben. Hier gibt es kein Weiter, auch kein Reparieren. Der Bahntrupp muß die taufend Meter zu Fuß gehen, um zu seiner Arbeit zu gelangen. Die Maschine ist abgestellt, dumpf verhallen die Schritte des Arbeitskommandos. Ich bleibe beim Zuge. Nicht lange. Es treibt mich zu den Straßen der Stadt, in denen vor zwei Wochen noch ein lebhaftes Treiben war.

Stil und öde liegen die Straßen, vor deren Häusern sonst jeden Abend die Einheimischen standen und plauderten. Ich trete durch eine Tür und bleibe in die Wohnstube eines Arbeiterhauses. Das weiße Durcheinander läßt auf die Gast der Nahrung schließen. Die Einwohner mühten die Stadt in wenigen Stunden verlassen und konnten nur das Allernotwendigste mitnehmen. Drei Jahre hatten sie den Krieg, der rasend von Osten hergezogen kam, nur vor den Toren gehabt. Drei lange Jahre hatten sie gehofft, daß ihre Habe ihnen erhalten bliebe. Das dritte Kriegsjahr brachte die ersten warnenden Schüsse. Wo mögen sie nun weilen, deren Fuß und gut dem Verderben geweiht ist? — Nähe schau zwei Porträts von der Wand in das Chaos, vom Kamin sind starrten hilflos die bunten Heiligengestalten. Durchwühlte Schubladen, Schränke gähnen offenstehend. Ich heige über Kleidungsstücke und Bilder. In der Küche steht noch das zum letzten Male benutzte Geschirr auf dem Tische. Schon bin ich die steile Treppe hinauf nach dem Schlafzimmer. Behäbig hebt das breite Doppelbett, daneben ein Kinderbettchen. Lust da nicht aus den Rissen der blonde Flachstopp des kleinen Jeans? Ach nein, alles leer und verlassen.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von R. Francé.

„Wart' er hier und verhalt' er sich ruhig und ohne Kergernis zu erregen.“ Und er zog die Türe zu. Sofort stand die Sängerin neben ihm und nahm ihn ohne Umstände um den Hals.

„Gon.“ schmeichelte sie, „dieses Subjekt da draußen ist mir gut empfohlen, es ist verlässlich und sehr geschickt. Man hat mir gesagt, daß jener soldisant Solms ein unruhiger Kopf, ein Feuergeist, quelqu'un espèce de Encyclopaediste sei — lassen Sie sich bedienen durch meinen Boten, er wird Ihnen sicher mehr als den Beweis bringen, daß man den jungen Mann von dieser Stadt verweisen muß. Pas de punition, nur hinaus, fort von Jugostadt.“

Wenn sie erregt war, radebrachte sie das Deutsche. Die Intuition der Frauenseele ließ sie in diesem Augenblick den geftern so heiß und vergeblich gesuchten Weg finden. Ein bißchen politisch verdächtig war am Pariser Hofe fast jeder gewesen. Und was hatte es ihm gekhadet? Ein paar Monate Verbannung auf seine Güter, schlimmstensfalls ein lettre de cachet, mit Bedienten und Maitresse einige Wochen Stubenarrest. So würde es auch hier sein.

Sie war so glücklich über ihren ausgezeichneten Einfall, daß sie in die Hände klatschte und übermütig den Grafen am Arm faßte und mit ihm umherwirbelte; auch vergaß sie nicht dabei, ihr Gewand so gleiten zu lassen, daß es für den Augenblick von der Schulter fiel und ihm berückende Einzelheiten enthielt. Die Blutwelle, die ihn dabei durchrieselte, schwemmte die letzten Bedenken hinweg.

Hier war ein Weg, der ihn aller Verantwortung entthob. Der junge Solms ein Libertin? Damit legte er sich selbst in die Kesseln. Morawitsch war zwar auch ein glühender Verehrer des ihm seelenverwandten Voltaireschen Spottes, aber bei ihm war das doch nicht Libertinage — er stand eben nur über den Dingen, an die der Böbel glauben sollte — von einem subalternen Beamten war das nicht zu dulden.

„Erzcellent!“ Er sagte es unwillkürlich laut, so glänzend fand er den Vorschlag.

Wemütig schreite ich weiter über den Schutt zusammengebrochener Häuser. Hier ein besseres Haus. Reiche Leute wohnen darin. Dasselbe Bild, alles drunter und drüber; eine Granate zerrt die Wände, die schönen Möbel, die Bilder und die Gobelins. Auf der Straße schallen die Schritte und Lachen. Soldaten kommen daher, sie leisten sich den billigen Spaß, Strohhüte und Zylinder statt der Mütze auf dem Kopf zu tragen, einer hat locken bunten Schirm in der Hand, ein dritter schwenkt gar in Frauenkleidern daher.

Wieder Stille. Durch ein Haus gehe ich in das dahinterliegende heimliche Gärtchen. Frischgrün stehen die Gemüsebeete, rot-schimmernd die Johannisbeersträucher. Da — täuschen mich die Sinne — in der Hintertür steht ein alter Mann und wackelt mit dem Kopfe.

„Nom de dieu! Nom de dieu...“, murmelt seine dünnen Lippen.

„Warum bist du noch hier, warum bist du nicht mit den andern fort?“ frage ich ihn. Mühsam macht er mir klar, daß er zu alt sei, um weit fort zu gehen, er wolle hier sterben, unter den Trümmern seines Hauses.

Erstarrt gehe ich weiter.

Es ist schon ganz hell, bald wird die Sonne kommen. Was ist das? Schauerlich klatscht ein Schlag in die Häuserreihen, schon wieder... Ich luge vorsichtig aus einer Tür und höre die Flieger turren. Sie kreisen bombenwerfend über der Stadt. Eine Zeit stehe ich beschonnen. Dann ist sie fort. Fast stürze ich über einen hungrigen, aufgeschreckten Hund, der, den Schwanz zwischen den Beinen, davonläuft.

Der Zug ist fertig beladen, wir sind abfahrtsbereit.

Ueber uns wirbeln Flieger durcheinander. Dazwischen knattert. Ein Luftkampf. Mischel ist auch da. Andauernd schießend umkreisen, verfolgen sie sich in tollen Kurven und Stürzen. Jetzt — hoch oben — einer brennt. Er stürzt ab wie ein Klumpen, einen Flammenstrich hinter sich, hinterher — ein grauenhafter Anblick — ein Mensch. Wie ein Messer überhüllt er sich immer und immer wieder. Uns überläuft es eiskalt.

Die Sonne scheint goldig über die Ruinen vergangenen Menschenglücks. Es wird hell, daß wir uns aus dem Staube machen. Schon heulen und jammern die ersten Granaten in die Stadt, als ob es da nicht schon genug Trümmer gäbe.

Schnell den Motor angelurbelt und fort von der Stätte des Grauens und des Todes!

Aus dem Gedendusch, der die Straße begleitet, jubelt der Morgengruß geheimerer Sänger, und von den Gärten herfliehet leuchten blutrote Rosen.

Die Muschel als Fischbrüter.

Ein höchst sonderbares, in Latenteilen wohl gänzlich unbekanntes Fischbrüterverhältnis zwischen Muschel und Fisch schildert eine naturwissenschaftliche Abhandlung von Wilhelm Bötsche in der Zeitschrift „Leber Land und Meer“. Als merkwürdigste aller Tierfreundschaften war bisher das kameradschaftliche Verhalten zwischen dem Krokodil und dem Regenpfeifer bekannt. Der kleine Vogel wagt sich ruhig in den Nachen des Krokodils, um diesem gewissermaßen die Röhne vom Ungeziefer zu pugen, und das Krokodil läßt dies ungehindert geschehen, da der Regenpfeifer ein äußerst harter Wächter ist und beim geringsten Geräusch durch plötzliches Aufspringen ein Warnungssignal gibt. Wechselseitige Erfahrungen kennt man auch bei Seetieren, so gibt es Krabben, die in lebendigen Sted- und Wiesmuscheln wohnen und ihren Dank für das Obdach durch ihre Tätigkeit als „Muschelwächter“ abzahlen.

Eine 100 Jahre lang ungeklärte Beziehung zwischen Muschel und Fisch ähnelt diesem Verhältnis, nur sind die Vorgänge dabei ebenso kompliziert wie kompliziert. Es handelt sich um unsere gewöhnliche Malermuschel, die den heimischen Flußperlmuscheln nahe verwandt ist und einen ganz ungeheuren Vorrat hervorzubringen vermag. Eine einzige dieser Flußmuscheln kann es bis auf 1000 Eier bringen; am erstaunlichsten ist, daß sie aber auch nach dieser Leistung noch immer nicht befriedigt erscheint. Die Malermuschel hat in ihrem Leib auf jeder Seite eine Art Spindel, wo die Eier sorgfältig aufgestellt sind, und da diese Spindel gleichzeitig als Atmungsstemen dienen müssen, wird die junge Brut ständig mit der erforderlichen Frischwasserzuführung versorgt, die Eier der Malermuschel finden sich aber nur in dem äußeren Fach dieses Doppelschrankes, das innerlich dagegen birgt zu einer bestimmten Zeit regelmäßig ungefähr ein Schock ganz andersgearteter Eier, die durch ihre Größe, das dicke Keulere und eine gelbe Färbung auffallen. Aus diesen Eiern aber gehen — und dies ist das Wunder — winzige Fische hervor. Unmöglich war die Annahme, daß ein Tier von der viel niedrigeren Stufe der Muschel gewissermaßen in Nebenstunden Tiere einer viel höheren Stufe, nämlich Fische, zu erzeugen vermag. Es mußte sich also um einen geheimnisvollen Fisch handeln, der infognito die Malermuschel bewohnt.

Und ein Kuß, dessen Dauer, ihm die Pulse schlagen machte, besiegelte das Abkommen.

Als er fast gegen Mitternacht aus höchster Erregung und doch eigentlich durch nichts befriedigt aus dem Voudoir trat, hatte er den Studenten schon wieder vergessen und erst dessen unterwürfige Dienstleistungen beim Verlassen des Hauses brachten ihn auf den seltsamen Pakt, womit seine Leidenschaft Liebe erkaufen wollte.

„Komm' er morgen um zehn zur Hofenfrau am Donator, dort wird ihm Weisung, was er mir leisten kann. Man hat ihn mir empfohlen. Kann er reinen Mund halten, soll's sein Schaden nicht sein.“

Und fort war er.

Mit Michalansky drehte sich das Erdenrund. Das war wieder eine Sprosse auf der Leiter des Glücks; sogar die unverschämte Attacke auf seine Scharmante, die dem Gläserlassen eine Scheibe kostete, war ein Wehikel für ihn geworden. Er häupte mehr, denn er ging durch die nächtlich süßen Straßen und trällerte ein Liedchen vor sich hin. Und fonderbare Gedanken besaßen ihn. Und langamer schlenderte er nach den kleinen Häuschen an der Stadtmauer, wo er vorläufig nur eine Schlafstelle sein eigen nannte. Wie merkwürdig! Von seinem Augenblick weiß man, ob er Glück im Schoße birgt. Alles kann etwas Besonderes bringen. Als er vor einer Woche die kleine Jose in Gedränge des Einzuges frech um die Witte nahm, wer hätte es gewagt zu prophezeien, daß er damit mit beiden Händen nach dem Glück gelangt? Denn der Herr Erstudiosus Michalansky war nicht nur ein ausgezeichnete Menschenkenner, sondern auch ein Philosoph voll tiefer Betrachtungen.

III.

Etwas um die gleiche Stunde, da der Erststudent sein Hoffnungsquid heimtrug, standen auf der Bastion Harber zwei junge Männer in eifrigem Gespräch, traulich Schulter an Schulter, und sahen hinaus in das Blau der Frühlingssnacht, die mit magischem, unbestimmtem Schein das weite Land vor den Mauern der alten Stadt übergoß. Der Mond stand zwar hoch am Himmel, aber vor ihm zogen in sanftem Strömen und Gleiten Wolken nach Norden, daß ein heimliches Wandern am Himmel war und ein Silber-schimmer, der sich dann und wann zum funkenstrahlenden Aufleuchten erhob und mit breiten Bächen holden Lichtes

Hundert Jahre vergingen nach dieser Entdeckung, bis die Lösung des Rätsels endlich durch den Forscher Koll gefunden werden konnte. Die Wundererleer waren regelmäßig Eier des Bitterlings, einer Fischart, deren Weibchen sich durch lange Legefadell auszeichnen, wie man sie etwa bei den Wespen und Vienen kennt, am besten den Legefadell der Schlupfwespe vergleichbar. Dieser Stachel dient als eine innen hohle Spritze. Das Bitterlingweibchen stellt sich über die geöffnete Muschel und läßt durch den Legefadell das Ei in das Muschelmere fallen. Selbst wenn die Muschel plötzlich zuklappt, kann die Injektionspritze des Fisches nicht abgelenkt werden, da der Schalenpalt auch bei geschlossenem Zustand groß genug ist, um das Herausziehen des Stachels zu gestatten. Welches ist nun aber der Zweck dieser sonderbaren Eierablage? Am nächsten liegt die Annahme, daß die jungen Bitterlinge die hilflose Pflanzgattung innerlich aufzuehen. Dies ist aber nicht der Fall, denn die Jungen nähren sich von dem ihnen beigegebenen eigenen Eidotter. Allmählich rumoren sie heftig in dem Eierstock herum, sie zappeln heraus und gelangen durch den austretenden Kanalisationsstrom der Muschel in das freie Wasserbereich hinaus, wo dann die ganze Geschichte wieder von vorn beginnen kann. Die Muschel dient also nur dazu, den jungen Bitterlingen während der Zeit des zartesten Alters ein sicheres Asyl zu bieten.

Heilung der Kurzsichtigkeit durch „Augenpressen“.

In der Pariser Akademie der Medizin haben vor einiger Zeit zwei Ärzte, Bachi und D'Anjou, über ein Verfahren berichtet, nach dem sie in mehreren Fällen die Kurzsichtigkeit durch einen mechanischen Eingriff geheilt haben wollen. Dieser Eingriff besteht aber nicht in einer Operation, sondern ist als eine passive Augen-gymnastik zu bezeichnen. Das Verfahren, so berichtet die „Nature“ darüber, geht davon aus, daß das Auge des Kurzsichtigen zu lang ist, sodas die Bilder nicht auf der Netzhaut, sondern vor ihr entstehen. Wenn man durch ein geeignetes Werkzeug den Augapfel preßt, sodas seine Ausdehnung von vorne nach hinten geringer wird, kann die Kurzsichtigkeit ausgeglichen werden, und ein solches Werkzeug haben die beiden Ärzte tatsächlich gebaut. Die Behandlung damit wird in der Weise vorgenommen, daß in einem verdunkelten Kourne das kurzsichtige Auge während mehrerer Sitzungen dem „Augenpresser“ ausgesetzt wird; jedesmal arbeitet die Maschine 10 Minuten, und zwar so, daß immer zwei Sekunden hindurch das Auge gepreßt wird und dann zwei Sekunden Ruhe hat. Es sollen damit Erfolge erzielt worden sein und zwar selbst bei Kurzsichtigen von 55 Jahren. An und für sich ist der Grundgedanke des Verfahrens richtig, und es ist auch durchaus glaubhaft, daß durch geeignetes Pressen der Augapfel verkürzt werden kann. Jeder kann sein eigenes Auge durch einen geschickten Druck mit den Fingern etwas zeitlich zusammenpressen, so daß es sich verlängert, also für einen Augenblick kurzsichtig wird, und eine geeignete Einrichtung kann zweifellos den Druck so ansetzen, daß es sich verkürzt. Aber ob der Augapfel die Form, die ihm künstlich gegeben wird, beibehält, ist, wenigstens bei vorgerücktem Alter des Kurzsichtigen, recht zweifelhaft.

Notizen.

„In freien Stunden“, die von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene Romandibliothek hat nun bereits ihr drittes Lebensjahrzehnt angetreten: der 1. Band des 21. Jahrgangs liegt vor. Er bietet in einem ansprechenden äußeren Gewande einen vielseitigen und wertvollen Inhalt sowohl in textlicher wie illustrierter (mehr als 200 Bilder!) Hinsicht. An erster Stelle steht der vorzügliche Dienstbotenroman „Das wälsche Brot“ von Clara Viebig, den Professor Domberger-München künstlerisch illustriert hat. Eine lange Reihe anderer Erzählungen, u. a. von Timm Kröger, Meißner, Neuter, Art Harte, schließt sich an und zahlreiche Aufsätze und Notizen aus den verschiedensten Wissens- und Lebensgebieten sorgen ferner für Unterhaltung und Belehrung. Gutgewählte Gedichte, eine Märchlede und die Aubril „Scherz und Satire“ vervollständigen den Inhalt des fünften Bandes, der auch für das Feld empfehlenswert ist (Preis 5, geb. 6 M.).

Das Kunstgewerbemuseum hat eine Sammlung mittelalterlicher Kirchengewerke (besonders romanische Emailarbeiten), die bisher als Leihgabe des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen aufgestellt waren, für 245 000 M. erworben. Darum diese Sammlung zuerst an einen Münchener Kunsthändler veräußert wurde und erst dann — angeblich zum gleichen Preis — ans Museum kam, wird hoffentlich der preussische Landtag herausbringen. Die Hälfte des Ankaufspreises wurde aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds bestritten.

Das russische Arbeitertheater. Der Moskauer Arbeiter- und Soldatendelegiertenrat hat ein eigenes Operntheater eröffnet. Nach Berichten der bürgerlichen Presse besitzenden die Kräfte, das Orchester, Regie und Darstellung dollauf.

alles überflutete, wenn die helle Scheibe plötzlich für den Augenblick aus einer Wolkenlücke trat. In diesem Meer von Silber war der einzige Goldpunkt das Häuschen der Torwache unten im Graben und weit, weit draußen die schwanke Laterne eines Händlerwagens, dessen Räderrollen in der großen Stille der späten Stunde deutlich ans Ohr getragen wurde. Sonst war nur manchmal ein fernes Hundebellen in der Luft und ganz traumhaft und schwach das klagende Liedchen der Unken in den Festungsgräben und ihren weiten Sümpfen.

„Reinhard, bei Gott, ich wollte, Du läsest mehr den Rousseau, denn die Siegwartschen rotäugigen Cousinen und des seligen Berther Leiden, bei Gott, wir brauchen solche Bursche, wie Du einer bist, soll's besser werden in des heiligen römischen Reichs kinstertester Finsternis.“

Der Sprecher, ein kleiner, doch kräftiger Kerl, legte kreuzherzig beide Hände auf die Schulter des jungen Nünen und sah ihm ehrlich ins blühende Gesicht.

Der so drollig Angeredete lächelte freundlich.

„Reiser, Amiciste, Du sprichst wie ein Capuzenmaler oder einer, so's nicht versteht...“ „Dab' den Rousseau auch gelesen und mein weiblich Teil gedacht von einem, der sagen kann: wer klug ist, braucht keine Tugend. Man sieht's am neufränkischen Wesen, was das für Früchte trägt.“

„Aho“ branste der Kleine auf, „auf die Franzmänner laß ich nichts kommen, sind tüchtige Kerle, wenn so einer drein wettert in ihrer Constituante, daß den Leuteckindern und Volksbetrügnern der Kopf wackelt vor Angst, wolle Gott auch bei uns...“

„St!“ legte ihm vorsichtig der junge Solms die Hand auf den überlauten Mund. „Du redest Dich noch um Kopf und Kragen. Ich darf solche Reden nicht hören, mag sie auch nicht, denn nur Blut und Unheil wächst im Westen aus der Saat, die sie dort jetzt säen und überall wo sie das Liberté, fraternité, egalité predigen. Nächste Dich selber schönstens bedanken, wenn irgend so ein Arote Dich als braven Kenonmisten als Bruder nehmen würde...“

„Meinst den Teckessel von neulich? Der Kerl ist zu infam, als daß ihn ein honoriger Bursch auch nur parieren mag“, suchte der Kleine schon wieder in Fige.

(Fortf. folgt.)

Berufung seiner politischen Ideale den Tod hat erlitten müssen. Der Staatssekretär sprach auch von der

Einnickung der russischen Revolution

auf den Matrosen. Die Sozialdemokraten aller Richtungen haben öffentlich im Reichstag und in der Presse den russischen Revolutionären ihre Sympathie und Begeisterung ausgesprochen. Diese Revolution, das größte Ereignis dieses Jahrhunderts, mußte auf alle noch lebenden Menschen einen tiefen Eindruck machen. (Lebhafte Bravo bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Zweck der Ausführungen des Staatssekretärs ist klar: es kommt darauf an, daß rote Luch zu vermeiden, um den Blick zusammenzufassen zur Verteidigung dieser unglücklichen Regierungspolitik. Die Erklärung des Reichskanzlers, mich und meine Freunde außerhalb der Gesehe zu stellen, hat mich nicht überrascht, wir haben sie vom Beginn des Krieges an erwartet. Diese Erklärung beweist nur, daß er und seine Anhänger nicht mehr wissen, wie sie aus dem Glanz dieses Krieges herauskommen sollen. Wir können diese Töne aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Freilich klangen sie von seinen Lippen nicht so frisch wie feinerzeit im Munde des Herrn v. Putschamer. Es war aber nicht vom Geiste Putschamers, und wie dieser und auch ein größerer, Bismarck. Schiffbruch erlitten hat mit dieser Politik, so wird es auch dem Reichskanzler Michaelis ergehen, während wir und unsere Anhänger im Lande weiter bestehen und an Wohl zunehmen werden. (Lebhafte Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Abg. Voghter (U. Soz.) betont ebenfalls, daß es sich bei seinen Unterhaltungen mit dem betreffenden Matrosen lediglich um die Entgegennahme von Klagen über Mißstände gehandelt habe. Dieses Recht der Entgegennahme von Klagen werde er sich nicht beschneiden lassen, das sei sogar Pflicht und Schuldigkeit der Abgeordneten.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.) schließt sich den Erklärungen der Abg. Hoefe und Voghter auch für seine Person an. Mit dem

Schwanken des roten Luch

musse man Stimmung gegen die Unabh. Soz. machen, man werde sie aber nicht abhalten ihre Pflicht zu tun, zur Herbeiführung des Friedens und zum Wohle der Gesamtheit. (Beifall b. d. Unabh. Soz.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle:

Nach der in den Akten befindlichen Ausgabe des betreffenden Matrosen hat er den Abgeordneten im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokratie seinen Plan auf Veranlassung der Flotte vorgelesen und sie haben ihn ganz begeistert aufgenommen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Hoefe (Unabh. Soz.): Das ruft jemand, der nicht dabei war! Sie haben ihn weiter nach der oben erwähnten Ausgabe darauf hingewiesen, daß eine strafbare Handlung vorliegt und daß er sich vorsehen; was an ihnen liegt, so würden sie seine Agitation in jeder Weise unterstützen. Auch ein anderer Matrose, dem diese Ausgabe vorgelesen wurde, sagte zunächst: Was im einzelnen verhandelt worden ist, will ich mir noch überlegen; und bei der zweiten Vernehmung am Nachmittag sagte er dann: Soweit diese Auslagen sich auf mich beziehen, ist die Sache richtig, das soll heißen, ich habe die Sache nicht nur so erzählt, sondern sie hat sich so zugetragen. (Zurufe rechts: Hören Sie Herr Hoefe! — St. Lärm und erregte Zurufe b. d. Unabh. Soz.)

Abg. Trimbom (Z.):

Der Reichskanzler hat sich heute Klipp und Klar auf den Boden der Resolution vom 10. Juli gestellt. Zur Erklärung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts bemerke ich: Es scheint mir nicht angängig, die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit ohne weiteres mit den Anschuldigungen im Zusammenhang zu bringen, die hier gegen drei Abgeordnete vorgebracht worden sind. Ich muß annehmen, daß der Staatssekretär sich auf hinreichendes schlüssiges Material stützen kann. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß, wenn die genannten drei Abgeordneten sich gegen die Gesehe bezogen, insbesondere Handlungen begangen haben sollten, die Hoch- und Landesparlament bedeuten, daß dann mit aller Strenge des Gesetzes gegen sie vorgegangen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Kretz (L.): Vor allem müßten die drei Abgeordneten auf den Schutz der Immunität verzichten, damit die Wahrheit über Unmündigkeit der Beschuldigung festgestellt werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man im Anschluß an die Resolution vom 10. Juli von einem Hungerstreik spricht, so ist das keine persönliche Beschuldigung der Anhänger dieser Resolution, sondern ein Urteil über ihre objektiven Folgen, eine persönliche Beschuldigung dagegen ist es, die Unschuldigen als Kriegsgewinnler zu beschreiben. Wenn wir den Frieden fortgesetzt anbieten wie laurés Bier, so müssen die Engländer sich ja sagen, wie pfaffen aus dem letzten Loch, und dadurch wird ihr Siegeswille gestärkt und der Krieg somit verlängert. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Oberst (Soz.):

Ich habe namens meiner Freunde eine Erklärung zu dem Vorgehen abgegeben, der vorher im Hause mit Recht großes Aufsehen erregte. Der Staatssekretär der Marine hat gegen einzelne Mitglieder der Unabhängigen und gegen die Partei selbst die allerhöchsten Anklagen erhoben, und der Reichskanzler ist sogar soweit gegangen, die weitestgehenden politischen Konsequenzen gegenüber dieser Partei zu ziehen. Wenn die Reichsleitung nun schon überhaupt diesen Schritt hier unternehmen wollte, dann hätte sie sich zunächst die innen- und außenpolitischen

Wirkungen eines solchen Vorgehens

klarmachen müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls dürfte sie in dieser Debatte doch nur dann plausibel mit einer solchen Anklage hineinfahren, wenn absolut einwandfrei und in sich selbst zweifellos schlüssiges Material vorhanden war. (Sehr richtig!) Aber auch selbst dann hätte dieses Vorgehen noch zurückgewiesen werden müssen. Wenn die Reichsregierung glaubt, daß einzelne Mitglieder dieses Hauses sich gegen die Strafgesetze verhalten haben, dann ist in der Geschäftsordnung des Reichstags ein geregelter Weg vorgeschrieben, wie dies Verfahren einzuleiten ist. (Sehr richtig!) Es ist ganz unmaßstäblich, ohne daß die Angeklauigten vorher unterrichtet sind, plötzlich mit einer so schweren Anklage im Parlament zu kommen. Dieses Vorgehen müssen wir auf das allerentschiedenste verurteilen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie weit ist nun das Vorgehen an sich sachlich begründet? Nach dem von dem Staatssekretär vorgelegten Material muß ich erklären, daß die von ihm erhobenen Anklagen

dadurch nicht gerechtfertigt

sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß Soldaten mit Sozialdemokraten verhandeln, kommt im Krieg natürlich besonders häufig vor. Mit Kollegen meiner Fraktion und mit der Fraktionsleitung verkehren Tausende von Soldaten schriftlich und mündlich. Wir haben es immer für unsere Pflicht gehalten, ihre Klagen sorgfältig zu prüfen, wo sie berechtigt sind, die Sache auf den richtigen Weg zu leiten und für die Beschwerden einzutreten, dies Recht werden wir uns nicht beschneiden lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daraus irgend etwas politisch Verdächtiges herzuleiten, ist durchaus falsch. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus dem Vorgehen geht weiter hervor, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten in Meer und Marine für ihre Bestrebungen agitiert haben. Das Recht der Propaganda ihrer Ziele steht jeder Partei frei. Wir haben ja erst in den letzten Tagen festgestellt, daß in Meer und Marine eine wüste Agitation abgetragen von militärischen Stellen, betrieben wird, die sich gegen die Politik der Reichstagsmehrheit und der Arbeiterbewegung richten. Wenn so die Oberleitung selbst die Politik in das Meer hineinträgt, darf sie sich nicht beschweren, wenn andere Parteigruppen ebenfalls im Meer Propaganda treiben. (Sehr wahr!) Weiter aber ist, soweit ich das

Material beurteilen kann, gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei nicht festgestellt. Deshalb müssen wir dies ganze Vorgehen entschieden mißbilligen. Der Reichskanzler hat nur mit seiner Erklärung der ganzen Sache noch die Krone aufgesetzt. Er hat aus dem Handgelenk heraus schon vorher die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten außerhalb des Rechts gestellt. Das ist

ein unbegreifliches Verfahren

in einer Zeit, wo sich unser Land in der schmerzlichen Situation befindet, wo die Zusammenfassung aller Kräfte unseres Volkes die erste Aufgabe der Regierung sein müßte. Dies Verfahren, einen Teil des Volkes, mag er groß oder klein sein, außerhalb des Rechts stellen zu wollen, ist die alte Auffassung der Unnahmegesetzgebung, die wir mit aller Schärfe verurteilen müssen. (Bravo!) Ich muß offen heraus sagen:

eine solche Erklärung konnte nur erfolgen von einer Regierung, die sich ihrer großen Verantwortung nicht bewußt ist (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), von einer Regierung, die den großen Aufgaben, die auf ihr lasten, in keiner Weise gewachsen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jeder Tag, der das deutsche Volk früher von dieser Regierung befreit, wird von uns begrüßt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sollte die Reichsleitung wirklich eine solche Politik einschlagen, wie sie der Reichskanzler angekündigt hat, so werden wir sie mit Einigkeit unserer ganzen Kraft und unseres Pflichtbewußtseins auf das schärfste bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Strenzmann (natl.)

erklärt namens seiner Freunde: Die gegen die Unabhängige Sozialdemokratie erhobene Anklage hat in uns den Eindruck erweckt, als wenn die genannten Mitglieder der Partei der Teilnahme an strafbaren Handlungen beschuldigt werden sollten. In diesem Fall gibt das Strafgesetz die Möglichkeit, hiergegen vorzugehen. Meine politischen Freunde ebenso wie der ganze Reichstag werden sicherlich in diesem Falle den Schutz der Immunität nicht gewähren. Ein solches Verfahren liegt auch im Interesse der Betroffenen selbst und des ganzen Parlaments, da nur auf diese Weise Schuld oder Unschuld festgestellt werden kann. Wir erwarten, daß die Reichsleitung sofort alle möglichen Schritte nach dieser Richtung einleitet.

Abg. Naumann (Sp.):

Es hat uns gewiß auf das tiefste erschüttert, daß junge kräftige deutsche Mannschaften von unserer Flotte einen Wahngedanken verfolgt haben gekommen sind, die Strafe des Landesparlament auf sich zu ziehen. Aber es bewegt uns nicht weniger, wenn wir sehen, daß eine Regierung vorhanden ist, die aus diesem Falle und seinen Begleitumständen eine

Waffe im politischen Kampf

zu machen sucht. (Lebhafte Zustimmung links.) Läge der Fall so, daß die drei genannten Abgeordneten etwas getan haben, was den Strafgesetzen widerspricht, dann sind sie straffällig, dann würde die Immunität sie nicht schützen und sie würden selbst den Appell an die Immunität in einem solchen Falle nicht zu erheben wagen. Aber dann wäre der Reichsanwalt auch längst gekommen mit der Forderung an den Reichstag, die Immunität aufzuheben und Strafverfolgung zu ermahnen. (Sehr wahr!) Da der Reichsanwalt mit diesem Antrag nicht gekommen ist, so folgt daraus, daß in den Augen des Reichsanwalts dasjenige nicht enthalten ist, was hier in den Ausführungen des Staatssekretärs v. Capelle als vorhanden vorausgesetzt ist. (Sehr wahr! links.) Wir protestieren dagegen, daß man aus einem nicht vollzogenen Verfahren hier entehrende Folgerungen gegen Volksvertreter zieht. (Bravo!) Im übrigen würde, selbst wenn die drei Mitglieder des Hauses in ein Strafverfahren hineingezogen worden wären, daraus nicht im geringsten folgen, daß man für ihr Vergehen ihre Partei als solche brandmarkt. (Sehr richtig! links.) Uns gefällt die Politik der Unabhängigen nicht, wie ihnen nicht die unserer. Das beruht auf Gegenseitigkeit, aber das was der Reichskanzler vorher gesagt hat, hat uns alle geradezu gerührt, nun für diese Partei und ihr Existenzrecht einzutreten. (Sehr wahr! links. Widerspruch rechts.) Wenn man eine ganze Partei mitten im Kriege mit dem Generalbann belegt, so hat die Volksvertretung dafür keinen Sinn. Nach dem 4. August 1914, nach dem Wort des Kaisers „Ich kenne keine Parteien mehr“, ist dies Vorgehen

eine moralische Unmöglichkeit.

(Lebhafte Zustimmung links.) Wer will mit Ueberlegung die Folgen übernehmen, die daraus für unsere Mündigkeitserhaltung und für die Stimmung an der Front folgen müssen? (Sehr wahr! links.)

Ich komme dann mit einigen Ausführungen zurück auf die Interpellationsdebatte. Der Kriegsminister meinte, der Abg. Landberg hätte nur wenig Material vorgelesen. Das ist für jemand, der nur mit Quantitäten zu rechnen gelernt hat, verständlich. (Sehr gut!) Wenn die Leute jetzt zu sterben bereit sind unter den unerhörtesten Angriffen, wie sie noch kein Geschlecht vorher ausgehalten hat, dann tun sie das nicht deshalb, weil irgend jemand in Zukunft mehr Land besitzen will, sondern man lebt in ihnen die Hoffnung, daß ihre Kinder ein Volk haben werden, in dem sie sich frei betrogen können. . . Ohne

etwas vom Geist der Freideutlichen

halten wir die kommende Zeit nicht aus. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Vaterlandspartei, die uns das Vaterland schwer macht (Sehr gut! links), steht unter der Führung des

Großadmirals v. Tirpitz.

Nun muß ein offenes Wort über die Tätigkeit v. Tirpitz' fallen. Es lebt in ihm eine Art Ballensterntrieb. (Sehr gut! links.) Von Ende 1914 an bereits haben wir zwei gegeneinander kämpfende Regierungen, die Regierung Bethmann und die Regierung Tirpitz. (Sehr wahr! links.) Wogegen wir uns heute wehren, ist, daß dieser Kampf in seiner verächtlichen Schärfe autoritär in das Meer hineingetragen wird. (Sehr wahr! links.) Der Friede nach diesem furchtbaren Krieg, der die Völker so erschüttert hat, kann nicht ein einfaches Geschäft sein, wie der geschäftsführende Herr Kretz das glaubte. Da muß ein gegenseitiges Vergeben und Vergessen vorausgehen. Es muß erst die Grundlage der Friedenseinstimmung gelegt werden. Das war auch die Auffassung des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, an den sich gerade in diesen Tagen auch noch mancher in diesem Hause erinnert. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir Deutschen müssen in der Friedenseinstimmung an der Spitze marschieren, sonst wird kein Friede kommen, kein deutscher und kein anderer. (Lebhafte Beifall links.)

Reichskanzler Dr. Michaelis:

Aus der Darstellung des Abg. Dittmann konnte man entnehmen, daß die von ihm angeführten Strafen, Justizstrafe über 200 Jahre und sogar Todesstrafe übertrieben, hart und ungerecht gemessen wären. Es ist aber leider Tatsache, daß die schwersten Verbrechen von einigen unserer Marineleute begangen sind. Es ist mit Jetteln, auf denen die Leute sich verpflichtet haben, die Grundsätze der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei anzuerkennen, eine umfangreiche Agitation getrieben worden. Wenn der Abg. Dittmann darauf hinwies, ich hätte gesagt, ich wolle mit völliger Objektivität allen Parteien gegenüberstehen, so hätte er auch hinzusetzen müssen, daß ich auch gesagt habe, es dürften natürlich nicht Parteien sein, deren Agitation ich für gefährlich für den Bestand des Reichs und Preussens hielt. In diesem Sinne habe ich gesagt, würde die Unabhängige Sozialdemokratische Partei außerhalb. Damit habe ich aber nicht gesagt, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sollte außerhalb des Rechts gestellt werden. Wer hat das

von mir gehört? Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob eine Behörde, die verantwortlich dafür ist, ob unsere Truppen leistungsfähig bleiben und unsere Marine nicht in einzelnen Gliedern den Plan der Beherrschung der Meere verfehlt, dagegen Maßnahmen ergreift, als wenn ich sage, eine Partei soll unter Ausnahmegesetz gestellt werden. Das Vorgehen werden wir alle sehr bedauern, aber der Grund liegt darin, daß die Leute in solcher Weise handeln worden sind. (Abg. Martin (D. Fr.) verlangt, daß schleunigst das Verfahren gegen die Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eingeleitet werde und verleiht die Haltung der Vaterlandspartei.)

Abg. Hoefe (Unabh. Soz.): Der Reichskanzler sagte, die beteiligten Matrosen hätten sich zu den Grundsätzen der Unabhängigen Sozialdemokraten bekannt. Für diese Grundsätze traten aber seit Jahrzehnten Millionen ein und kein Staatsanwalt hat Anstoß dagegen eingebracht. Es wird den verurteilten Matrosen vorgeworfen, sie hätten Flugblätter verbreitet. Diejenigen, die Dittmann ihnen gegeben hat, sind legale Schriften, die

durch die Zensur gegangen

sind. Die merkwürdige Aufforderung ist hier ferner gestellt worden, weil hier ein Verstoß gegen uns ausgesprochen ist, sollten wir die Immunität aufgeben. Zunächst hat der Staatssekretär nur gesagt, die Angeklauigten hätten angelesen, sie hätten Beziehungen zur Unabhängigen Sozialdemokratie gehabt. Nichts ist vorgebracht worden, das irgendwie einen Verdacht rechtfertigen kann, es konnte ein Verstoß gegen uns eingeleitet werden. Und mit Recht hat Naumann hervorgehoben, daß längt ein Verfahren eingeleitet werden wäre, wenn die Möglichkeit dazu vorläge. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Aber auch sonst könnten wir die Immunität nicht aufgeben, denn sie ist kein persönliches Recht des Abgeordneten, das er nach seinem Willen preisgeben kann.

Dem Kanzler muß ich aber noch bemerken, ich empfinde es als

als ein schweres Unrecht gegen die Angeklauigten,

daß wir nicht als Zeugen vorgelesen worden sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabh. Soz.) Wir wären in der Lage gewesen, manches auszusagen, was widerlegt gewirkt hätte, und wir hätten den jungen Menschen vor dem Tode bewahren können. Der Reichskanzler hat Linien zwischen sich und unserer Partei gezogen. In diesem Falle hätten die Behörden nicht die Linien der Menschlichkeit ausfallen können. Reichtum ist am 20. August verurteilt worden. An diesem Tage hat er an seine Eltern, fromme Mitglieder der Baptisten-Gemeinde in Neufahrn, begnadigte Abschiedsworte gerichtet. Die Eltern haben diesen Brief nicht bekommen, sondern nur erfahren, daß das Todesurteil vollstreckt worden ist, und zwar haben sie das nicht am 14. erfahren, sondern durch einen Unheiler. (Endauernde Unruhe bei den Unabh. Soz. Rufe: Pfui, schamlos!) Am 5. September ist das Urteil vollstreckt worden, und den unglücklichen Eltern ist jener Brief erst am 14. September übergeben worden. Da sollten doch die Eltern und die, die hinter ihnen stehen, an ihre Brust schlagen und sich nicht erheben, solche kaltsinnigen Beschuldigungen ins Haus zu schleudern, solche Politik der Verfolgung gegen eine Partei einzuleiten. Aber ihr Mord ist klar. Sie haben hier so schwere Niederlagen erlitten, sie sind durch die amtliche, mit Reichsmitteln betriebene Propaganda so beschämelt worden, daß sie das Bedürfnis empfunden haben, von diesen schamhaften Tatsachen abzulassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabh. Soz.)

Reichskanzler Dr. Michaelis:

Die beiden Männer sind von einem Gerichtshof verurteilt worden, der selbständig zu entscheiden hat, und zwar der eine wegen militärischen Aufruhrs, der andere wegen Aufstands-erregung. Wer als Zeuge in einem solchen Verfahren vernommen wird, unterliegt nicht irgend einer Entscheidung des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Reichsmarineamts. (Zuruf bei den Unabh. Soz.: Zustimmung!) Einspruch muß ich auch erheben dagegen, daß nichts erwiesen sei über den Verkehr zwischen den betreffenden beiden und dem Abgeordneten Hoefe, was irgendwie einen Vorwurf von Schuld auf ihn und seine Partei wirft. Der Staatssekretär hat ja die Aufgabe des Mannes versehen, wonach er in eine Agitation verwickelt war, deren Zweck es war, den Gehorsam zu verweigern, und zwar als Rebellenführer. (Widerpruch bei den Unabh. Soz.) Das hat er selbst zugestanden und mit dieser Schuld im Herzen ist der Mann hergekommen und hat sich hier weiteres Agitationsmaterial besorgt. (Vermehrte Zurufe bei den Unabh. Soz.) Und nach den eigenen Mitteilungen der Herren ist ihm Agitationsmaterial gegeben worden. (Zurufe bei den Unabh. Soz.: Was für Material?) Es handelt sich um weiteres Agitationsmaterial zur Agitation für die Unabhängige Sozialdemokratie, und lediglich dieser Zusammenhang ist vom Staatssekretär als das bezeichnet worden, was vorliegt. (Zurufe bei den Unabh. Soz.: Das ist ja Kinderei, und Unrecht!)

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.):

Der Reichskanzler hat festgestellt, daß die betreffenden Personen von mir Agitationsmaterial für die Unabhängige Sozialdemokratie erhalten haben. Das ist in Hunderten von Fällen geschehen, so daß ich mich des Einzelnen kaum noch entsinnen kann. Dieses Material entsinne ich mich, weil unsere Gespräche an seine Beschwerden über die Behandlung und Beförderung anknüpften. Der Mann erklärte, er lese die Zeitungen der Unabhängigen Sozialdemokratie. Es ist ihm gesagt worden, es gibt Regierungsstellen, die bemüht sind, darauf hinzuwirken, daß alle Parteien nach dem bekannten Kaiserwort gleich behandelt werden; aber beim Militär und in der Marine wird dem systematisch entgegengewirkt und deshalb solle er sich in acht nehmen, damit man nicht verfolge, ihm daraus einen Strich zu drehen. Wenn der Staatssekretär einen weiteren Zusammenhang konstruiert, so muß er den Beweis dafür erbringen. Von der Arbeiterklasse werden diese armen Matrosen als Märtyrer betrachtet werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabh. Soz.) Ihre Verurteilung wird in den Annalen dieses Krieges fortleben als ein ganz jämmerlicher elender Justizmord.

Abg. Graf Bethary (L.): Weder dem Abg. Trimbom noch Naumann kann ich darin zustimmen, daß die Aufzeichnungen des Reichskanzlers über die Unabhängige Sozialdemokratie u. v. a. mit der Äußerung des Kaisers vom 4. August 1914 ist. Diese Matrosen haben Hoch- und Landesparlament begangen und mit den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie den Plan der Organisation besprochen. (Lachen und Zurufe bei den Unabh. Soz.) Während draußen die Schlachten toben, wollen die Unabhängigen Sozialdemokraten unsere Flotte mehrlos machen. Dazu kommt ihre seit Jahr und Tag betriebene Politik, die Verweigerung der Mittel für unsere kämpfenden Truppen und ihre Reden, die das Vaterland auf seine schwersten Schicksale. (Erneute Zurufe bei den Unabh. Soz.) Es ist berechtigt, wenn der Reichskanzler erklärt hat, daß Beamtene eine Bedingung für diese Partei nicht zu gehalten ist.

Die Diskussion schließt. Der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten, zu erklären, „die Behandlung der Interpellation durch die Regierung entspricht nicht der Auffassung des Reichstags“ wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten abgelehnt.

(Schluß in der Beilage.)

Letzte Nachrichten.

Amerikanischer Flottenbau.

Washington, 9. Oktober. (Reuter-Meldung.) Die Regierung beschließt, 350 Millionen Dollar für den Bau von Torpedojägern auszugeben. Das Hauptprogramm soll in 18 Monaten durchgeführt sein.

Bezirkstag der Bureauangestellten.

Am Sonntag hielt der Zentralverband der Bureauangestellten in Berliner Gewerkschaftshaus einen Bezirkstag für Berlin, Brandenburg und Westfalen ab. Der Bezirksleiter Krüger erstattete den Bericht für das abgelaufene Geschäftsjahr. Er erwähnte zunächst, daß der Bezirk die Hälfte seiner Mitglieder durch Erfüllung der Heerespflicht verloren hat, doch gelang es, die dadurch in den Vertrauensmannschaften gerissenen Lücken wieder auszufüllen, so daß die Verbandstätigkeit ohne wesentliche Störungen fortgeführt werden konnte. In den Provinzorten mit geringen Mitgliederzahlen hatte die Agitationsarbeit nur wenig Erfolg. Dagegen sind in Groß-Berlin sehr wertvolle Fortschritte erzielt worden. Die Mitgliederzahl, die sich vor dem Kriege auf 2200 belief, ist jetzt auf fast 4000 angewachsen. Das bedeutet eine Verzehrfung der Berliner Mitgliederzahl um etwa 75 Prozent. Auch hinsichtlich der Gewährung von Feuerungszulagen und Gehaltsaufbesserungen sind wertvolle Erfolge erzielt worden. Im ganzen Bezirk wurde eine Bewegung geführt zur

Gehaltsaufbesserung der Krankenlastenangestellten.

Es hat manche Kämpfe gekostet, bis die Gehaltsverhältnisse den Wünschen der Angestellten entsprechend geregelt und in der Dienstordnung festgelegt wurden. Ferner war der Verband bemüht, den Krankenlastenangestellten die von ihnen erworbenen Pensionsansprüche zu erhalten, die bei der Zusammenlegung der Kassen bestritten wurden. In einem Falle ist durch Gerichtsurteil entschieden, daß die in der alten Stellung erworbenen Rechte auch in der durch Zusammenlegung von Kassen geschaffenen neuen Stellung zu erkennen sind. Es sind noch nicht alle Fälle dieser Art entschieden, doch ist zu hoffen, daß die Regelung im Interesse der Angestellten erfolgen wird. Wiederholt ist es gelungen, für die Krankenlastenangestellten eine Erhöhung der Feuerungszulage zu erreichen. —

Die Industrieangestellten

waren namentlich in der Elektroindustrie gemeinschaftlich mit anderen Angestelltenverbänden an einer sich lange Zeit hinziehenden Bewegung zur Aufbesserung der Gehälter beteiligt. Die Bewegung hat Erfolg gehabt, die Gehaltsregelung ist aber noch nicht endgültig erledigt. — Zu Anfang des Jahres entfielen die

Angestellten der staatlichen Betriebe in Spanien

eine die Aufbesserung der Gehälter bezweckende Bewegung. Durch Verhandlung mit der betreffenden Behörde sind die Lohnforderungen der Angestellten im wesentlichen erfüllt worden. Dieser Erfolg hatte die Folge, daß sich auch die Angestellten der staatlichen Betriebe in Erfurt und Blau bei Brandenburg an den Verband wandten, damit er für Gehaltsaufbesserung eintrete. Darauf ist beim Kriegsamt eine allgemeine Lohnaufbesserung beantragt, und schließlich sind Gehaltszulagen von durchschnittlich 40 bis 50 Prozent bewilligt worden. Wegen entsprechender Lohnzulagen der weiblichen Angestellten in den staatlichen Betrieben schweben noch Verhandlungen mit dem Kriegsamt. — Die Organisationsverhältnisse der Gemeindeangestellten haben sich verbessert. Feuerungszulagen und Gehaltsaufbesserungen für Gemeindeangestellte wurden nur in Berlin erreicht. Hier wird auch wegen Gehaltsaufbesserungen mit der Verwaltung der Gaswerke noch verhandelt.

Sehr ungünstig ist die Lage der

Anwaltsangestellten.

Nachdem diese männliche Angestellte zum Kriegsdienst eingezogen und ein großer Teil der weiblichen Arbeitskräfte in kaufmännische Stellungen und in die Industrie übergegangen sind, wo sie besser als in den Anwaltsbüros entlohnt werden, wurden in den letzten die Arbeitskräfte knapp, und infolgedessen haben sich die Gehälter etwas gehoben, doch nicht so, wie es den heutigen Verhältnissen entsprechen würde. Nach dem Kriege werden sich für die Anwaltsangestellten mancherlei Schwierigkeiten ergeben, besonders wegen Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer.

Der Deutsche Anwaltsverein hat deren Wiedereinstellung zwar empfohlen, aber man weiß aus früheren Erfahrungen, daß eine solche Empfehlung wenig Wert hat, wenn nicht die Angestellten in der Lage sind, durch ihre Organisation einen Druck auf solche Arbeitgeber auszuüben, die billige Arbeitskräfte statt der Kriegsteilnehmer eingestellt haben und die letzteren deshalb zurückweisen werden. Für Berlin ist durch Abkommen mit dem Berliner Anwaltsverein ein Schlichtungsausschuß gebildet worden, um Differenzen wegen der Zurückweisung von Kriegsteilnehmern zu regeln. Diese Einrichtung wird ein wertvoller Anfang sein zu einer später vielleicht abzuschließenden allgemeinen Vereinbarung über die Regelung der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse. Von den Angestellten wird es abhängen, was sie aus dieser Einrichtung machen.

Die

Angestellten der Berufsgenossenschaften

haben die Bewilligung von Feuerungszulagen und laufende Erhöhungen derselben durchgesetzt. Das Recht der Organisation wurde ihnen von den Berufsgenossenschaften bestritten; auf eine Beschwerde beim Reichsversicherungsamt hat dieses das Koalitionsrecht der Berufsgenossenschaftsangeestellten anerkannt. Diese Entscheidung ist auch wichtig für die Krankenlastenangestellten, denn manche Kassenvorstände weigern sich, mit der Organisation der Angestellten zu verhandeln.

Die Verbandstätigkeit hat in allen Branchen im ganzen Bezirk Erfolge aufzuweisen, die trotz der gegenwärtigen schwierigen Umstände erlangen wurden. Die Ertragsgenossenschaften gehen in manchen Fällen noch hinaus über die Forderungen, die der Verbandsvorstand in einem Aufruf vom 1. Oktober für eine allgemeine Feuerungszulagenbewegung aufstellt: Für verheiratete Angestellte 70 M. und für jedes Kind bis 16 Jahre 10 M., für Ledige 50 M. monatlich als laufende Zulage, außerdem für alle Angestellten eine einmalige Zahlung in der Höhe eines Monatsgehalts.

Nachdem auch die Vertreter der einzelnen Orte Situationsberichte gegeben hatten, beschloß der Bezirkstag einstimmig, im ganzen Bezirk eine Bewegung im Sinne des Aufrufs des Verbandsvorstandes einzuleiten.

Hierauf beschloß Krüger die

Forderungen der Angestellten für die Ubergangswirtschaft:

Gleichstellung mit den Arbeitern in der Lebensmittelrationierung, besonders hinsichtlich des Brotquantums, denn es ist nicht gerechtfertigt, daß nur die Arbeiter, aber nicht die Angestellten die Zusatzbrotkarten erhalten. Da den Angestellten nur Feuerungszulagen, aber keine dauernden Gehaltssteigerungen bewilligt sind, muß die Gehaltsfrage gleich nach dem Kriege geregelt werden. Besonders ist das geboten bei den Krankenlasten, wo durch Bundesratsverordnung bestimmt ist, daß die Zulagen in den ersten sechs Monaten nach dem Kriege aufhören. In den Gemeinden ist die Regelung der Gehaltsfrage deshalb dringend, weil die durch Kriegsaufwendungen stark belasteten Gemeinden an den Gehältern werden sparen wollen. In den industriellen Betrieben werden wegen Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer zahlreiche Angestellte entlassen werden. Deshalb muß die Stellenvermittlung geregelt werden. Ferner ist dagegen aufzutreten, daß Kriegsbeschädigte aus anderen Gründen als wegen verminderter Leistungsfähigkeit schlechter entlohnt werden als andere Kollegen in gleicher Stellung. Notwendig ist, daß die soziale Gesetzgebung nach dem Kriege erweitert und nicht den Widerständen nachgegeben wird, welche bei den Unternehmern dem Ausbau der Sozialgesetzgebung entgegengesetzt werden. Im besonderen ist zu fordern, daß die Angestellten der Krankenversicherung unterstützt und daß ihr Arbeitsverhältnis gesetzlich geregelt wird wie das der Handlungsgehilfen, namentlich hinsichtlich der Kündigung und der Zahlung des Gehalts im Falle von Krankheit.

Der Bezirkstag stimmte diesen Forderungen zu.

Zwischen hatte der Gehilfenverein von 1884 beschlossen, eine durchgehende Arbeitszeit von 9 bis 5½ Uhr zu fordern. Er ersuchte den Zweigverein des Verbandes, seine Forderung zu unterstützen, die nun durch den Beschluß der Berufenmacherrinnung bereits überholt ist. Einem Gehilfenklub um 5 Uhr kann jedoch die Gehilfenorganisation nicht beistimmen, da dieser sich nicht nach den Verhältnissen in Berlin-West-Beit richten kann, sondern nach den Bedürfnissen der Arbeiterschaft. Da überdies das Oberkommando in den Marken sich nicht einmal zur Anordnung eines einheitlichen Ladenschlusses um 8 Uhr verstanden habe, werde es jetzt, wo die Meister selber nicht recht wissen, was sie wollen, auch nicht eingreifen. Auf anderem Wege ist aber ein einheitlicher Ladenschluß im Friseurgewerbe mit zwingender Wirkung nicht zu erreichen, da hier die Gewerbeordnung ganglich verlagert.

Nach kurzer Debatte wurde der Standpunkt der Organisation in folgender Entscheidung festgelegt:

Die Versammlung erklärt, da es sich bei den neuen widersprechenden Ladenschlussvorstellungen lediglich um eine Verlegenheitsaktion der hilfsdienlichpflichtigen Meister handelt, hat die Gehilfenorganisation keine Veranlassung, sich dafür einzusetzen; um so weniger, als sie von den Meistern nicht hinzugezogen wurde. Sie erachtet jedoch eine Gehilfenzeit von 9 bis 7 Uhr (Sonntags 8 Uhr) gegenwärtig als ausreichend und zur Licht- und Heizungsersparnis geeignet.

Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß der Arbeitsnachweis (Gewerkschaftshaus, Zimmer 59) wieder vom 9 bis 11 Uhr geöffnet ist.

Ausland.

Die italienischen Gewerkschaften und der Internationale Gewerkschaftskongress.

Bern, 8. Oktober. (Schweizerische Depeschagentur.) Die Zeitung des Internationalen Gewerkschaftskongresses teilt mit: Nach Schluß der Konferenz kam in Bern ein vom 28. September datierter Brief der italienischen Gewerkschaftszentrale an, in dem mitgeteilt wurde, die Verhandlungen der Pöffrage seien noch nicht erledigt, indes hoffe man, nach Bern reisen zu können. Falls dies aber doch nicht möglich sei, so bitte man um Entschuldigung. Im übrigen verlange die italienische Delegation in erster Linie die Erörterung einer Verlegung des Sitzes der internationalen Gewerkschaftszentrale. Der Sitz solle baldmöglichst in ein neutrales Land verlegt und die Verwaltung einer internationalen Kommission übergeben werden. Am 7. Oktober kam ein Telegramm der italienischen Gewerkschaftszentrale, datiert vom 2. Oktober, daß die Pöffrage verweigert worden seien. Aus Helsingfors traf am 6. Oktober ein am 28. September aufgegebenes Telegramm über Paris ein: „Bedauern wegen der großen Verkehrsschwierigkeiten keine Delegierten zur Konferenz senden zu können.“ Aus diesen Kundgebungen erhebt deutlich, daß neben Frankreich auch Italien und Finnland den guten Willen hatten, nach Bern zu kommen, aber umständlicher daran gehindert waren.

Am letzten Verhandlungstag des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Bern sind noch einige wichtige Beschlüsse und Erklärungen nachzutragen. Auf Antrag von Paris-Deutschland nahm der Gewerkschaftskongress folgende Resolution an:

„Im Anschluß an die Zustimmung der Friedensforderungen richtet der Internationale Gewerkschaftskongress an die Gewerkschafts- und Arbeitervertreter aller Länder die dringende Aufforderung, für die Anerkennung und Durchführung dieser aufgestellten Arbeiterforderungen mit allen Kräften einzutreten. Alle Gewerkschaftszentralen werden verpflichtet, die aufgestellten Forderungen ihren Regierungen bald einzureichen und sie zu veranlassen, bei den Friedensverhandlungen für die Annahme der internationalen Arbeiterforderungen einzutreten. Die Konferenz verlangt und erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zu den Feststellungen des sozialpolitischen Teils der Friedensbedingungen auch Vertreter der Gewerkschaften jeden Landes zugezogen werden.“

Zusar-Wöhnen verlas eine Erklärung, in welcher er namens der tschecho-slawischen Gewerkschaften die Erklärung abgab, daß sie bereit und gewillt seien, die Grundzüge des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu den übrigen zu nehmen, mit dem Begehren als gleichberechtigte Landesorganisation anerkannt zu werden. Auf den Protest von Queber-Österreich nimmt der Kongress keine Stellung zu der Erklärung und geht zur Tagesordnung über.

Namens der deutschen Delegation gab Legien folgende Erklärung ab: Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Weigerung, heute einer Sighverlegung zuzustimmen, nicht so aufgefaßt werden darf, daß sie unter allen Umständen den Sitz des Intern. Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt worden ist, daß die Sighverlegung gleichbedeutend sei mit einem Nichtanerkennung gegen Deutschland. Der Internationale Gewerkschaftsbund kann nur erhalten werden, wenn volles Vertrauen aller Landeszentralen zu einander vorhanden ist. Sobald sämtliche Landeszentralen bereit sind, zu einer Konferenz zusammenzukommen, sind die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über die Sighverlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln.

Auf Antrag von Finnland-Deutschland wird als Abschluß des Kongresses den französischen und italienischen Gewerkschaftszentralen folgendes Freundschaftsgramm übermittelt: „Die Delegierten des Internationalen Gewerkschaftskongresses senden der französischen und italienischen Landeszentrale ihren brüderlichen Gruß. Sie sprechen insbesondere den französischen Gewerkschaften ihre Anerkennung aus für ihre Bereitwilligkeit, den Kongress zu beschicken und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Vertreter dieser Länder an der nächsten Konferenz teilnehmen werden, damit die Organisationsfrage zur Erledigung kommen kann und die Internationale einheitlicher denn je im Interesse der Arbeiter aller Länder ihre Arbeit vorsetzen kann.“

Streik der Verkehrsarbeiter in Paris.

Das Personal der Pariser Verkehrsanstalten steht seit einigen Tagen im Streik, weil die Direktionen der verschiedenen Gesellschaften die geforderten Lohnzulagen nicht bewilligen wollten. Bei der Omnibusgesellschaft befinden sich 3000 Angestellte im Ausstand. Eine Anzahl Automobille verkehrt. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Schwartzschilf als Dolmetsch: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Büros: Alfred Schatz, Berlin; für Deutsche: Dr. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutscher Buchverlag u. Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW.

Diezen 1. Auflage und Unterhaltungsblatt.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Die Ladenschlussfrage im Friseurgewerbe.

Die neuerdings von den Meisterkorporationen wieder aufgerollt wurde, beschäftigte die Versammlung des Verbandes der Friseurgehilfen Deutschlands (Zweigverein Berlin) am 4. Oktober. Die Gehilfen berichteten, hatten die Vorstände der drei Innungen und der Freien Vereinigungen zunächst beschlossen, die Geschäftszeit von 9 bis 6 Uhr, Sonnabends bis 8 Uhr festzusetzen und an einem Tage (Montags) eventuell geschlossen zu halten. Eine dahingehende Erklärung sollte in der Handwerkerberufsammlung abgegeben werden, um einmal einer Betriebszusammenlegung zum Zwecke der Kohlen- und Lichtersparnis vorzubeugen, weiter aber, einer Veranziehung zum Hilfsdienst während der Geschäftszeit. Doch kurz vor dem Stattfinden der Versammlung der Handwerksmeister wurde der Beschluß dahin abgeändert, von 8 bis 7 Uhr (Sonntags 8 Uhr) offen zu halten, an einem vollen Werktag oder an zwei Werktag-nachmittagen aber geschlossen zu halten. Diese Erklärung wurde denn auch gegeben. Die Berufenmacherrinnung war jedoch mit der Abschaffung des erstgenannten Beschlusses nicht einverstanden, und beschloß nachträglich, nur von 9 bis 5 Uhr offen zu halten.

Der Schlüssel unseres Erfolges:



die Tatsache, daß unsere Ware hält was unsere Anzeige verspricht.



Rönigstr. 33 Chausseest. 113
Am Bahnhof Alexanderplatz beim Mettler Bahnhof

Sonntags geschlossen!